

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Frh. Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, R6ttenstra6e 16
Fernsprecher S.-21: 628 41

Erscheint w6chentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die „wahre“ Ursache des Werftarbeiterstreiks

Die Arbeitgeberzeitung hat die „wirklichen Ursachen“ des Werftarbeiterausstandes entdeckt. Nicht Verk6rzung der Arbeitszeit, nicht das Erstreben angemessener L6hne und Verdienste ist die Ursache, nein, der Ausstand ist nichts anderes — „als ein organisationstaktisches Mittel im Kampf politischer Gruppen untereinander“. Um es mit anderen Worten zu sagen: ein Kampf zwischen den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei. Nun wei6 man. Das ist reichlich viel Unsinn. Aber es steht nun einmal in der Nr. 42 des Unternehmerrates. Der Schreiber des Aufsatzes, der, wie wir als sicher annehmen zu k6nnen glauben, Herr G. C. G., M. b. R. und wohlbestallter Direktor einer hamburger Gro6werkst, tut weiter der Offentlichkeit kund und zu wissen, da6 die Werftarbeiter ohne eigenes Verschulden der leidtragende Teil sind zu Folge der organisationstaktischen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften und der KPD. Zu schnurrig, um sich dabei aufzuhalten. Der Aufsatz zeigt deutlich, da6 die Unternehmer die Verbindlichkeitsk6rzung des Schiedsspruches erhofft hatten. So hei6t es: „Durch den fehlenden Schlufstein — die Verbindlichkeitsk6rzung — zu einem bruchigen Torso gestempelt, hat es das amtliche Schlichtungsverfahren nicht zur Verwirklichung des Wirtschaftsliebens im 6ffentlichen Interesse gef6hrt...“ Wie haben sich die Zeiten ge6ndert! Oft haben diese Unternehmer bei den Lohnverhandlungen gegen das Reichsarbeitsministerium gewettert und nun erschr6nken sie von ihm, von der Stelle, die Kommissionsmitglieder der Werftarbeiter als den „Wasserkopf in Berlin“ zu bezeichnen beliebten, die zwangsl6ufige Aufrechterlegung der im Schiedsspruch enthaltenen L6hnerh6hung.

Sodann wird in dem Aufsatz der Arbeitgeber-Zeitung behauptet, die Verdienste auf den Werften erreichten tats6chlich auch eine H6he, die den Vergleich mit dem Einkommen anderer Industriearbeiter ganz ausschlo6en. Um diese k6hne Behauptung zu erh6rten, hat die Norddeutsche Gruppe, Abteilungsleiter der b6rgerlichen Presse eine Mitteilung zugehen lassen des Inhalts, da6 durch eine Erhebung, die fast alle Werften umfa6te, festgestellt sei, da6 das Monatseinkommen im Gesamtdurchschnitt im einzelnen f6r Gelehrte 248,98 M., f6r Angelernte 212,61 M. und f6r Ungelehrte 185,16 M. ergebe. Wir fragen in aller H6flichkeit: Warum operiert die Norddeutsche Gruppe mit Verdiensth6hen des Monats, ohne die geleisteten Arbeitsstunden beizuf6gen? Das ist nichts anderes als eine Verschleiierung der Dinge. Warum legt man nicht die Stunden und Verdienste zugrunde, die jedem Au6enstehenden eine klare U6bersicht erm6glichen? Polen ist darum diese Wichtigkeit nach und legen zugrunde den Durchschnitt der Stundenverdienste von der hamburger Werft, die dem Schreiber der Arbeitgeber-Zeitung am n6chsten steht. Bei dieser Werft hat der gelernte Facharbeiter 83 bis 87 S., der Afford6berverdienst betr6gt im Durchschnitt 20,2 vS., das Mittel des Stundenlohnes als Grundlage genommen = 85 S. Hieraus ergibt sich einschli6flich des Afford6berverdienstes 1,02 M., hierzu Sozialzulage f6r Frau und ein Kind = 3 S. und ferner eine Leistungszulage, die im Mittel etwa 3 S. betragen d6rfte. Somit insgesamt 1,08 M. Wie steht es nun mit dem Vergleich zu anderen Industriearbeitern? N6mlich so: Der Durchschnittsverdienst bei den Betrieben der hamburger Landmaschinenindustrie betr6gt 1,30 M.; Schlosser und Maschinenbauer der Innungsbranche bekommen 1,20 M. (ohne den Afford6berverdienst), Klempner, Mechaniker 1,53 M., Kupfer Schmiede 1,17 M. (ohne den Afford6berverdienst), Elektriker 1,50 M., Tischler 1,17 M. Dazu Afford6berverdienste bis zu 50 vS., Maler 1,40 M. — Das sind die vergleichbaren Arbeitergruppen.

Um die Richtigkeits seiner Angaben zu beweisen, vertritt sich der Schreiber der Arbeitgeber-Zeitung zu der Au6erung, da6 wenn die Werftarbeiterverdienste den Vergleich mit anderen Industriegruppen nicht voll und ganz ausschalten k6nnten, die Abwanderung der Arbeiter dorthin erfolgen w6rde. Der gute Mann scheint in seiner eigenen Umgebung keinen Befehd zu wissen. Stellen wir fest: Die Werften haben durch ihre Werbetagungen aus den entlegensten Ecken des Reiches Arbeiter nach den Werftorten zu ziehen versucht. Diese Arbeiter erlebten ihre gr66te Entt6uschung und fluchteten wieder haufenweise von dortan. In welcher Menge, lassen die folgenden Zahlen erkennen: Die Gro6werkst, der der Schreiber der Arbeitgeber-Zeitung nahesteht, stellte im Zeitraum von einem Jahr 11924 Arbeiter ein. In derselben Zeit l6sten 6680 freiwillig das Arbeitsverh6ltnis und 1870 Arbeiter wurden von der Werft entlassen. Eine andere Werft hatte innerhalb dreier Monate einen Abgang von 1245 Arbeitern. Stervon l6sten 1223 freiwillig das Arbeitsverh6ltnis und nur 23 Entlassungen folgten von der Werft. Eine kleinere Werft stellte innerhalb zweier Monate 312 Arbeiter ein, in derselben Zeit nahmen 229 Arbeiter freiwillig ihre Entlassung. Und diese Zahlende von Arbeitern gingen freiwillig, wurden also „auf Wunsch entlassen“, wodurch sie auf die Erwerbsh6fen unterst6tzung auf die Dauer von mindestens 4 Wochen Versorgung leisten mu6ten. Trotz dieses erheblichen Schadens haben sie es vor, den Werftstuch von den F66en zu sch6teln! Bedarf es noch eines Beweises f6r die Erbarmlichkeit der Verh6ltnisse auf den Werften?

Deffnungsgedacht will die Arbeitgeber-Zeitung den Streik als nicht berechtigt hinstellen, ihn als „eine innere Auseinandersetzung der Gewerkschaften mit der KPD“ kennzeichnen. Tats6chlich scheint der Werftkampf, wenigstens in seinen Vorstadien,

in gewissem Sinne in Zusammenhang mit der KPD gestanden zu haben. Freilich nicht dergestalt, da6 die Gewerkschaften sich irgendetwas, sei es bei Aufstellung der Forderungen oder bei ihren Ma6nahmen von den Schreibereien der KPD-Presse hatten beeinflussen lassen. Sondern Zusammenh6nge scheinen nur nach anderer Richtung hin zu bestehen. Anl66lich der Verhandlung vor dem Schlichter haben wir uns davon 6berzeugen k6nnen, da6 gerade der Verhandlungsteilnehmer, den wir als Schreiber des Aufsatzes in der Arbeitgeber-Zeitung vermuten, die Presseerzeugnisse der KPD, die auf die Bewegung Bezug nahmen, sein lauberdlich aufgelegt hatte und sie triumphierend herum-schwankte. Diese Erzeugnisse der KPD-Presse waren allerdings nur zu gut geeignet, die Unternehmer in ihrer unklugen Einstellung und Haltung zu best6rken. So hei6t es da unter anderem:

„Die reformistischen Gewerkschaftsf6hrer werden ihr altes Betrugsman6ver wiederholen, werden auch zu einer Urabstimmung auffordern, werden sogar — wie radikal — auffordern, den Schiedsspruch abzulehnen. Dann wird der Reichsarbeitsminister und Streikabw6rger, der Parteigenosse von Kempfens, der Panzer-

kreuzminister Wissell neue Verhandlungen festlegen...“ — „Die Laune der KPD-Burokraten geht dahin, in aller Stille den Tarifkampf der Werftarbeiter zu erledigen — dann geht die Schinderei bei Hundel6hnen und langer Arbeitszeit weiter. So wollen es die Unternehmer, so will es die reformistische Gewerkschaftsburokratie.“

Diese Erg66se der KPD-Presse waren nur zu sehr geeignet, die Werftarbeiter in ihrer ablehnenden Haltung zu best6rken. Wir sehen ja aus der Arbeitgeber-Zeitung, welche Bedeutung die Unternehmer der sogenannten — ma6los 6bersch6tzt — Opposition innerhalb der Gewerkschaften beimessen. Und wenn dann, wie die obigen Ausz6ge aus der kommunistischen Presse „beweisen“, da6 die „Verbandsburokratie keinen Kampf will und die Verbindlichkeitsk6rzung des Spruches ermarktet“, na dann m66fen wir den Unternehmern mildernde Umst6nde ob ihrer zuverl6sslichen Erwartung der Verbindlichkeitsk6rzung des Schiedsspruches und der damit verbundenen Erhaltung des Wirtschaftsfriedens zubilligen.

German Kempfens

Die Gestehungskosten der Eisenindustrie

Eher verringert als erh6ht!

Wie bei jeder Lohnbewegung, so ist auch jetzt die Schwerindustrielle Presse mit verdoppeltem Eifer bem6ht, Stimmung zugunsten ihrer Herren zu machen. Es werden da die gewagtesten Kunstst6cke gemacht, um zu zeigen, da6 die auch so geklagten Schwerindustriellen nicht einen Heller mehr Lohn zu zahlen verm6chten. Erst wurde steif und fest behauptet, die Verkaufserl66se seien in der letzten Zeit dermaßen gesunken, da6 die Eisenwerke zuschli6en m66ten, wenn irgendeine neue Belastung komme. Nun, nachdem diese Behauptung reiflos widerlegt worden ist, wird der Offentlichkeit erz6hlt, die Selbstkosten seien so sehr gestiegen, da6 eine L6hnerh6hung einfach ganz unm6glich sei. Dieser Wortwitz ist ebenso windig wie der von den gemeinsamen Erbl6hnen.

Eine Erh6hung der Selbstkosten ist allerdings durch den Schiedsspruch vom Dezember 1927 und durch die Kohlenpreiserh6hung eingetreten. Die Schwerindustrie vertritt aber mitzuteilen, da6 sie auch infolge des Schiedsspruches und der Kohlenpreiserh6hung zweimal die Eisenpreise erh6ht hat. Die Steigerung der Selbstkosten ist also durch die Erh6hung der Zinkpreise f6r Eisen ohne Zweifel ausgeglichen worden. Bei der G6tertarifierh6hung der Reichsbahn, aus der die Eisenindustrie ebenfalls eine Steigerung der Selbstkosten ableitet, ist die Schwerindustrie au6erordentlich glimpflich weggelassen; 40 vS. aller Erze, die in Deutschland verh6ttet werden, stammen aus Lothringen und aus Deutschland. F6r den Transport dieser Erze ist der Eisenindustrie jedoch ein Ausnahmearif zugestanden worden, der bei der Erh6hung der Eisenbahntarife unber6hrt geblieben ist. Dar6ber hinaus hat die Reichsbahn der Eisenindustrie einen neuen Ausnahmearif f6r die Ausfuhr 6ber die trockene Grenze zugest6hlt. Die Frachtk66e dieses neuen Ausnahmearifs bedeuten f6r die wichtigsten Eisenausfuhrer eine Frachtabbilligung von 14 bis 15 vS. Da immerhin fast zwei F6nfstel der deutschen Eisenausfuhr 6ber die trockene Grenze, also nicht 6ber die Seeh6fen gehen, mu6 dieser neue Ausnahmearif angeht66t der nachdenklichen deutschen Eisenausfuhr erhebliche Ersparnisse erbringen. F6r die Eisenausfuhr von Rheinland und Westfalen bis zur deutsch-holl6ndischen Grenze bedeuten die neuen Verg6nstigungen eine Frachtabbilligung von etwa 2 M. die Tonne. Die neue Tarifserh6hung bringt also der Eisenindustrie, soweit das 6berhaupt der Fall ist, nur eine ganz geringf6gige Erh6hung der Selbstkosten. Die Eisenindustrie selbst hat allerdings eine Berechnung ver6ffentlicht, wonach eine angebliche Mehrbelastung von 1,5 bis 2 M. die Tonne Fertigzeugnis eingetreten sei. Diese Berechnung kann nur als ma6los 6bertriebene bezeichnet werden.

Auch aus der Preisentwicklung der Rohstoffe ergibt sich keine Erh6hung der Selbstkosten; hier ist eher eine Verbilligung als eine Verteuerung eingetreten. Die Preise f6r h6gerl6nder und lothringische Erze sind seit dem Vorjahr so gut wie unver6ndert geblieben. Sie kommen aber f6r die deutsche Eisenindustrie besonders stark in Frage. Die Preise f6r schwedische Erze haben sich allerdings ganz geringf6gig erh6ht. Immerhin ist auch mit der Preisserh6hung ein R6ckgang der Einfuhr zu verzeichnen, so da6 hier ein ganz nat6rlicher Ausgleich zustandekommen ist. Gegenw6rtig, nach Ende der Arbeitsk6mpfe im schwedischen Erzbergbau, ist auch wieder eine Beruhigung in der Preisentwicklung f6r schwedische Erze festzustellen. Frachtk66e rechnen sogar mit einem Sinken der schwedischen Erzepreise. Soweit die Verarbeitung von Schrott jedoch in Frage kommt, m66fen sich die Selbstkosten der

Eisenindustrie ganz erheblich gesenkt haben. Schrott ist auch zu weit geringeren Preisen als im Vorjahr zu kaufen. So ging der Preis f6r Stahlschrott seit September 1927 von 64 M. die Tonne auf 59 M. zur6ck. Das ist f6r die Entwicklung der Gestehungskosten der Schwerindustrie von gro6er Bedeutung, da sich das Martin-Verfahren, bei dem vorzugsweise Schrott verarbeitet wird, stark eingeb6rgert hat. Man darf heute den Monatsverbrauch von Mittschrott in unserer Eisenindustrie mit mindestens 400 000 Tonnen annehmen. Legt man diese Menge der Berechnung zugrunde, so ergibt sich gem66rtig die deutsche Eisenindustrie am Preisr6ckgang f6r Schrott monatlich 2 Millionen Mark.

Diese Tatsache l66t besonders darauf schli6en, da6 in der Eisenindustrie eher eine Senkung der Gestehungskosten als eine Erh6hung eingetreten ist. Wenn man das Gegenteil behauptet, so geschieht das nur, um gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften Stimmung zu machen.

Zusp6hung des Konflikts

Eine Vertreterversammlung unseres Verbandes der Nordwestlichen Gruppe (Schwerindustrie) fand am 16. Oktober in Essen statt, um sich mit dem Staat der Lohnbewegung zu besch6ftigen. Der Bezirksleiter Wolf berichtete laut SchD 6ber die Lage. Er betonte, da6 die K6ndigungen vom 31. Oktober nicht als blo6es Schreckmittel aufgef6hrt werden d6rfen. Die Gesamtlage habe sich sehr zusp6hrt. Im weiteren beschaftigte sich der Redner mit den Einw6nden der Industriellen gegen die Lohnforderung und deren Berechtigung. Ein 6beraus gro6er Teil der Fach- und Hilfsarbeiter m66te heute entgegen den F6rstellungen der Unternehmer mit dem nackten Tariflohn nach Hause gehen, so beispielsweise allein bei der Firma Fr. Krupp AG. in Essen 403 Hilfsarbeiter. Wenn die Industrie 6ber mangelnde Rentabilit6t ihrer Betriebe klagt, so m66te darauf hingewiesen werden, da6 neue Anlagen irgendwelcher Art als Best6rkererzeugung, also als Gewinn anzusehen seien. Das Angebot der Industriellen vom letzten Donnerstag (siehe Nr. 42 der MZ) k6nne, wie wiederholt betont worden sei, von dem Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht als Verhandlungsbasis angesehen werden. Das Angebot einer Erh6hung der Stundenl6hne f6r Hilfsarbeiter um 2 S. sei l6cherlich, wenn man bedenke, da6 von rund 202 000 Metallarbeitern im Ruhrgebiet etwa 8 vS. oder 14 500 als Hilfsarbeiter anzusehen sind. Die Lage sei auch deswegen ernster als je zuvor, weil an ein Einschreiten der Regierung nicht gedacht werden k6nne.

Die Aussprache ergab die volle Einm66tigkeit aller Versammelten, den Kampf bis zur letzten Konsequenz durchzuf6hren. Antr6ge der Kommunisten auf Einbeziehung der Gas-, Wasser- und Elektrizit6tsarbeiter in einen Generalstreik wurden abgelehnt. Die Versammlung nahm schli6flich eine Entschli6ung an, in der es hei6t: „Die Konferenz billigt die bisher unternommenen Ma6nahmen der Organisation um die Beilegung der Streitsfrage. Sie betrachtet die K6ndigung der Belegschaften ebenso wie die fr6her angebrohten Betriebsstilllegungen als eine brutale Ma6nahme der Industriellen, um die Arbeitererschaft in ihrem sozialen Aufstieg zu hindern. Die Konferenz erwartet, da6 die gesamte Arbeitererschaft den Ernst der Lage erkennt und die notwendigen Konsequenzen zieht. Es ist erforderlich, da6 in allen Betrieben weitgehende Aufkl6rung geschaffen wird.“

Der Ozeanflug des „Grafen Zeppelin“

Die letzte Woche war die ganze Welt im Banne gehalten von dem Flug des neuen Luftschiffes „Graf Zeppelin“ nach Nordamerika. Das Luftschiff stieg am 11. Oktober in Friedrichshafen auf und landete am 15. auf dem milit6rlichen Flugplatz in Lakehurst im Staate New Jersey. Nach dem offiziellen Fahrbericht hat das Luftschiff insgesamt 12 000 Kilometer in 112 Stunden zur6ckgelegt. Es hat demnach l6nger gebraucht, als die Nachtbereisung angenommen hatten. Als Grund daf6r wird eine sehr ungunstige Wetterlage genannt, die dazu zwang, einen s6dlichen Kurs einzuschlagen. Am Sonnabend dem 13. Oktober, als das Luftschiff 6ber die G6lts der Strecke zur6ckgelegt hatte, kam es unter dem 45. Grad westlicher L6nge in schwere Regenst66e und B6en, wodurch das Schiff eine Reichweite der Reipannung seiner linken Fl66e erlitt, so da6 die Fahrg66schwindigkeit erheblich herabgesetzt werden mu6te. Die Reparatur, die in s6dwindegender H6he bei pr6zisionsartigen W6nden vorgenommen wurde, konnte nat6rlich nur unvollkommen sein. Auch am folgenden Tage wurde das Schiff durch starke Winde in seinem Vormarschflug stark behindert und zum Abbiegen nach S6den gezwungen.

Durch die Verz6gerungen wurde die Geduld der reisigen Passagiere, die an der amerikanischen Ostk66te und besonders

auf dem Sandungsplatz Lakehurst der Ankunft des Luftschiffes harrten, auf eine sehr harte Probe gestellt. Als sie schli6flich des hei6 ersehnten Schiffes ansichtig wurden, sind sie nach einstimmigen W6nschen in einen unbeschreiblichen Freudentaumel verfallen. Die Reisenden schrien wie besessenen zu dem gl6hernden Riesenschiff empor, die Pfeifen der Dampfer und Fabriken heulten ihren Empfangsgru6. Die Zeitungserk6ufer sollen nie ein besseres Gesch6ft gemacht haben. In Lakehurst selbst durchbrach die Menge alle Schranken, um an das Luftschiff heranzukommen. In diesem wilden Durcheinander haben die Fahrg66ste des „Grafen Zeppelin“ ein paar garstige Viertelstunden erlebt, zu deren Verj6hmung nun freilich die amerikanische Polburokratie mit Zungen und F66sten wesentlich beigetragen haben soll und demnach, da6 der preussische Innenminister, unser Verbandskollege Erzst66k, laut einer londoner Meldung erkl6rt hat, da6 er „auf diese Behandlung hin es ablehne, an 6ffentlichen Empf6ngen teilzunehmen.“

6ber die Ankunft berichtet der newyorker Vertreter der londoner Daily News: „Das erste, was die Fahrg66ste verlangten, war Wasser. Einige tranken vier bis f6nf Glas. Die Frau Drummond-Pay (die einzige Frau unter den Fahrg66sten, die tagt6glich „zehn verschiedene R66de ausgo6“) sp66te vom Durst 6berd6rtig. Vier Stunden ver-

Mit und ohne Draht

Zur Kapitalerhöhung der C. Lorenz AG., Berlin

Vor dem Kriege nur ein Mittelbetrieb der Schwachstromindustrie, in unzulängliche Mieträume geduckt, heute im eigenen, auf das neueste eingerichteten siebenstöckigen Fabrikgebäude am Teltowkanal in Berlin-Tempelhof. Das ist die nach außen hin in Erscheinung tretende Entwicklung der C. Lorenz AG., Telephon- und Telegraphenwerke, Eisenbahnsignal-Bauanstalt, Berlin. Mit dieser Wandlung zum Großunternehmen steht es schlecht im Einklang, daß die 1906 gegründete Gesellschaft jetzt wesentlich niedrigere Dividenden zahlt als vor dem Kriege. 1913 gab es 20 vH und noch eine besondere Ausschüttung (Bonus genannt) im Werte von 5 vH, zusammen also 25 vH, 1924 aber nur 10 vH, 1925 nur 8 vH, 1926 und 1927 gar nur je 6 vH Dividende. Zeitweise erklärt wird diese Senkung der Dividende, wenn wir uns die Kapitalentwicklung der Gesellschaft seit 1913 ansehen. Damals arbeitete die Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 1.400.000 M.; 25 vH Dividende erforderten also damals 350.000 M. 1924 beim ersten Goldmark-abschluß betrug das Kapital schon 6 Millionen Mark; die 10 vH Dividende erforderten also 600.000 M., die 8 vH für 1925 erforderten 480.000 M. und die 6 vH für 1926 und 1927 je 360.000 M. Die jährliche Ausschüttung an die Aktionäre ist also in den letzten beiden Jahren wieder auf dem Niveau betragen angelangt, den eine viermal so hohe Dividendenzahlung vor dem Kriege erforderte, von der Entwertung gegenüber der Vorkriegsmark ganz abgesehen.

Die C. Lorenz AG. verdankt ihre Entwicklung, die zwar nicht in der Höhe der Dividenden, wohl aber auf allen anderen Gebieten deutlich in die Erscheinung tritt, zu einem guten Teil der Kriegslieferungen. Die Entwicklung nach dem Kriege steht im Zeichen riesenhafter technischer Fortschritte. Jeder Kundfunkteilnehmer kennt die Lorenzfabrikate wenigstens dem Namen nach, die Anschaffung der hochwertigen Apparate ist allerdings Arbeitern nur selten möglich, weil auch auf diesem Gebiete Preispolitik und Lohnpolitik der deutschen Unternehmer nicht in Einklang gebracht werden. Nach dem jüngsten Geschäftsbericht ist das Kundfunkgeschäft nach Ausschaltung der kleinen Wettbewerber besonders lebhaft und ergiebig. Im Jahre 1927 wurden von der Telephonfabrik Berliner AG. die Anteile der Dr. Erich F. Guth G. m. b. H., die mit 1,76 Millionen erworben, und damit insbesondere der Patentbesitz in wertvoller Weise ergänzt. Der letzte Jahresbericht konnte denn auch melden, daß diese Abteilung für mehrere Monate mit Aufträgen gut versehen ist.

Die außerordentliche Generalversammlung vom 20. September hat dem Antrag der Verwaltung entsprechend beschlossen, das Aktienkapital von 6 Millionen Mark (wozu noch 270.000 M. Vorzugsaktien kommen) auf insgesamt 9 1/2 Millionen Mark zu erhöhen. Hinter diesem Geschäft steht die Kommerz- und Privatbank, die auch anderen maßgebenden Gesellschaften der Schwachstromindustrie ihre Liebe zumuten. Als Hauptgrund der Kapitalerhöhung wird angegeben, daß die ständigen Mittel infolge des hohen Auftragsbestandes angepannt sind. 700.000 M. sollen zum Erwerb der Anteile der Dr. Guth G. m. b. H., Telephon- und Telegraphenwerke, Berlin, dienen, einer Gesellschaft, die mit einem Kapital von 850.000 M. arbeitet und an der die C. Lorenz AG. bereits beteiligt war. Von den zur Stärkung der Betriebsmittel dienenden 2,53 Millionen Mark neuen Aktien werden 2.324.000 M. den alten Stammaktionären, den alten Vorzugsaktionären und auch der Dr. Guth G. m. b. H. als Inhaberin von 700.000 M. neuen Aktien derart zum Besuche angeboten, daß auf je 3 alte Aktien eine neue Aktie zum Kurs von 120 vH bezogen werden kann. Die übrigbleibenden 206.000 M. bleiben zur Verfügung der Verwaltung.

Wenn wir uns dieses geheimnisvolle Geschäft etwas näher ansehen, so fällt zunächst auf, daß die Dr. Guth G. m. b. H. neben dem Kaufpreis, der in 700.000 M. neuen Lorenz-Aktien gezahlt wird, noch ein Bezugsrecht erhält in gleicher Höhe als

wenn die neuen Aktien alte wären. Es kommen also noch 233.000 M. neue Aktien hinzu. Dieser um ein Drittel erhöhte Marktpreis ist schnell aufgeläut. Die Guth G. m. b. H. gehört nämlich schon seit längerem der C. Lorenz AG. gemeinsam mit deren Tochtergesellschaft, der Industrie-Beteiligungs-AG., die als sogenannte Holding-Gesellschaft den Effekten- und Beteiligungsbesitz der Lorenz AG. verwaltet. Der Verwaltung stehen also in Zukunft bei Abstimmungen 700.000 M. neue Aktien zuzüglich 233.000 M. Bezugsrechte, weitere 206.000 M. Wertungssaktien und schließlich 90.000 M. auf die 270.000 M. alten Vorzugsaktien entfallende neue Bezugsrechte ohne weiteres zur Verfügung. Dazu kommt die Satzungsbestimmung, daß den Vorzugsaktien in gewissen wichtigen Fällen statt eines dreifachen ein zehnfaches Stimmrecht (!) zusteht.

Für Radioverkehrszwecke besitzt die Lorenz AG. eigene Stationen in Eberswalde und in Jossen bei Berlin, die Radiogroßstation in Kochel (Oberbayern) wurde an die Reichspost verkauft. Das entsprechende Konto, das noch am 1. Januar 1926 mit 440.000 M. in der Bilanz bewertet war, erscheint jetzt nur noch mit einem Wertposten von 1 M. Ebenso sind die zahlreichen in- und ausländischen Patente und die Modelle mit nur je 1 M. bewertet. Auf Maschinenkonto, Betriebsanlagen- und Werkzeuggestaltungen sowie Kontornobilienkonto erfolgten im letzten Jahre Abschreibungen in voller Höhe der Zugänge. Maschinen-, Betriebsanlagen und Werkzeuge stehen jetzt mit 440.000 M. zusammen zu Buch gegenüber 716.000 M. in der Goldmark-eröffnungsbilanz. Die Höhe der stillen Reserven, die in diesen Posten liegen, darf indes nicht überschätzt werden, weil mit Rücksicht auf die Schnelligkeit der technischen Entwicklung wertvolle Anlagen leicht veralten können.

Im Jahre 1927 hat die Gesellschaft eine hypothetisch gesicherte Anleihe von 1 Million Dollar aufgenommen, um die im Jahre 1926 auf 6,7 Millionen Mark angewachsenen kurzfristigen Verbindlichkeiten, wovon sicher in beträchtlicher Höhe Bankschulden waren, abzubauen. In der Bilanz für 1927 sind die Verbindlichkeiten aber wieder auf 4.016.000 M. angewachsen. In welcher Höhe darin Bankschulden enthalten sind, wird wieder nicht gesagt. An Augenständen waren am Schluß des letzten Geschäftsjahres 7.012.000 M. vorhanden. In diesem Betrag ist auch ein Bankguthaben enthalten, es wird aber nicht ersichtlich gemacht, in welcher Höhe. Jedenfalls betragen Ende 1927 diese Augenstände, über die die Gesellschaft über kurz oder lang verfügen konnte, mehr als das damalige Eigenkapital. 1926 waren am Jahresluß nur 5,65 Millionen Mark Augenstände vorhanden. Aus diesen Zahlen kann man nicht nur den — von der Verwaltung ja nicht bestrittenen — gesteigerten Umsatz herauslesen. Man kann vielmehr auch darauf schließen, daß infolge des lebhaften Wettbewerbs, den die beiden letzten Jahresberichte beklagen und „ungehend“ nennen, der Kundchaft weitherzig Zahlungsziele und Stundungen eingeräumt werden.

Aber die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres hörte man in der jüngsten Generalversammlung nur Erfreuliches. Die Auftragsengpässe sind im laufenden Jahre gut, besonders in der Abteilung für drahtlose Telegraphie, wo die Gesellschaft zu lohnenden Preisen für längere Zeit beschäftigt ist. Der Halbjahresabschluß zeigt ein wesentlich günstigeres Bild als im Vorjahre, Zahlen wurden allerdings nicht veröffentlicht. Der letzte Lorenz-Geschäftsbericht sagte aber, daß es gelungen sei, durch Ausbau der Verkaufsorganisation im In- und Auslande und dadurch erreichten höheren Umsatz im Privatgeschäft dafür Ausgleich zu schaffen. Von den übrigen Abteilungen, namentlich aber vom Maschinengeschäft wird eine erfreuliche Steigerung des Umsatzes festgestellt. Er folgt schließlich die Bemerkung, daß für das laufende Geschäftsjahr mit einem entsprechenden Dividenden-ertragnis gerechnet werden kann. Das soll heißen, daß für das laufende Jahr mit mindestens gleich hoher Dividende wie in den letzten beiden Jahren zu rechnen ist. Julius Fries.

gingen, ehe die Fahrgäste aus dem stiefgen Raum herausgelassen wurden, worin sie von Gesundheits- und Zollbeamten gepfercht worden waren. Das Gepäck der Reisenden konnte nicht eher zur Revision hergeschafft werden, als bis an seine Statt genug Ballast (ins Aufschiff) gebracht worden war. Die Besatzung, Nahrung verlangend, wurde mit Fleischbrötchen versehen. Sie wurde die ganze Nacht im Schiff gelassen, das an einem Mast verankert wurde, weil seine Unterbringung in der Halle unmöglich war.

Über die Einzelheiten der Reise und besonders darüber, was die Fahrgäste während dieser sturmbelegten Fahrt empfanden und gedenkt haben, gehen die Berichte noch auseinander. Ein abgerundetes Bild läßt sich deswegen nicht gut geben, weil die Zeppelin-Werke das Nachrichtenmonopol an zwei Agenturen, an die amerikanische Hearst-Press und an den reaktionären Hugenberg-Konzern gegen gute Mängel veräußert hat. Die Fahrgäste hatten sich, wie mehrfach verlangt, unterschriftlich verpflichten müssen, in den der Fahrt folgenden acht Tagen nichts zu berichten. Über die Verbesserung der Berichterstattung wird in bürgerlichen Zeitungen schwer gemurmelt. Sie sollten indessen nicht vergessen, daß solche Veröffentlichungen eberne Bestandteile der kapitalistischen Ordnung sind, die ja nach den klagenden Blättern die beste sein soll.

Wir wollen uns jedoch durch derartige kapitalistische Viebligkeiten die Freude an der trotz außergewöhnlichen Widrigkeiten gelungenen Oceanfahrt nicht vergällen lassen. Wir freuen uns gleichfalls über diese prächtige Leistung der deutschen Technik. Der Leitung der Werft wie dem Führer des Aufschiffes, Dr. C. E. n e r, wird reiche und wohlverdiente Anerkennung von allen Seiten gezollt. Dr. E. n e r und die amtlichen Fahrgäste werden nun tagelang von amerikanischen Behörden und privaten Körperschaften bei wohlgedachten Lafeten hoch gefeiert — währenddessen schauzen die schlichten Leute der Besatzung in Lohschürzen an der Reparatur des Aufschiffes. Den Herren und Damenpersonen die Ehre — der Besatzung ununterbrochene Arbeit, damit die Rückfahrt bald vorstatten gehen kann und neue Begrüßungsfestlichkeiten stattfinden können.

Eckharterweise — oder leicht begreiflicher Weise — werden in den zahlreichen Glückwünschen an den Führer des Aufschiffes die Arbeiter der Werft mit keinem Worte erwähnt. Aus diesem Übergehen der Arbeiter kommt die Verachtung sprichend, die Meisterleistung der Technik sei wie von ungefähr zustande gekommen. Sie wäre indessen jederzeit gelungen, hätten dazu nicht Tausende von Arbeitern, unsere Berufs- und Berufsangehörigen nicht ihr Bestes hergegeben. Aber von diesen Arbeitern, von den eigentlichen Erbauern des Aufschiffes ist nirgends die Rede. Für sie wird kein Festmahl veranstaltet, keine Feste gehalten, kein Weinglas zu ihrem Wohl und ihrer Anerkennung geleert. Noch wird sich in ihren Lohbüchern etwas von den geschätzten Erstlingen dieser Oceanfahrt finden. Den Herren das Festmahl, die Glückwünsche, den Ehrenwein, den Gewinn — den Arbeitern nicht! So war es immer in dieser herrlichen Gesellschaft.

Wir stimmen ehrlieh ein in die Freude über das Gelingen des Oceanfluges und in die Anerkennung der Frachtleistung der Technik. Der größte Teil dieser unserer Anerkennung aber gilt den schlichten Arbeitern der Zeppelin-Werft in Friedrichshagen, deren Tüchtigkeit und deren stiller Hingabe das Gelingen, die beispiellose technische Leistung und dieses die Welt bewogenden Fluges in höchstem Maße zu verdanken ist. Ihnen unsere Anerkennung, ihnen unser Gruß!

Bandarbeiter in Zeitlohn bezahlen

Eine grundsätzliche Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Kreisverwaltung Mainz, hat am 1. April 1927 mit den Metallindustriellen der Bezirke Mainz, Wiesbaden und Umgebung sowie des Rheingaubezirks einen Tarif abgeschlossen. Darin ist auch die Lohnfrage der am Band beschäftigten Arbeiter geregelt. Der DMB in Mainz begehrt in seiner Forderungslage, daß die am laufenden Band beschäftigten Arbeiter als Zeitlohn- und nicht als Akkordarbeiter zu bezahlen sind. Akkord behauptet Verletzung seiner tarifvertraglichen Rechte durch die von der Industrie eingenommene Stellung, daß die Bandarbeiter rechtlich als Akkordarbeiter zu betrachten und demgemäß zu entlohnen seien. Die freitägige Bestimmung findet sich in § 16 des Tarifvertrages. Sie lautet: „Für die Beurlaubung der Arbeiter wird der Arbeitstag mit acht Stunden in Anschlag gebracht. Lohnarbeiter erhalten den für sie festgesetzten Grundlohn, Akkordarbeiter den je nach der jeweiligen Akkordtarifhöhe mit einem Zuschlag von 20 vH vor Eintritt des Urlaubs ausbezahlt. Während der Arbeitszeit sind die Bandarbeiter so hoch bezahlt, daß ihr Lohn dem Verdienste der Akkordarbeiter kaum nachsteht. Während der Urlaubszeit erhalten jedoch die Akkordarbeiter einen etwas geringeren Lohn als die Zeitlohnarbeiter.“

Die gegen die Metallindustriellen erhobene Klage wurde vom Arbeitsgericht Mainz am 12. Oktober 1927 abgewiesen. Gegen dieses Urteil legte der DMB in Mainz Berufung ein. Das Landesarbeitsgericht in Darmstadt hob das Urteil der Sozialinstanz auf und kam zu folgender Entscheidung:

Es wird festgestellt, daß die am laufenden Band beschäftigten Arbeiter als Zeitlohnarbeiter entsprechend den Bestimmungen des Tarifvertrages für die Metallindustrie vom 1. April 1927 zu entlohnen sind.

Aus den Entscheidungsgründen geht hervor: Als Tarifpartei hat der klagende Verband das Recht, ein während des Bestehens des Tarifvertrages unter den Vertragsparteien feststehend gewordenes Recht im Klagezug zu erstreiten. Jede Vertragspartei hat die Befugnis, Erfüllung des Vertrages von der anderen Partei zu verlangen. Auch in dieser Sache ist das Berufungsgericht zur Annahme gelangt, daß die am laufenden Band beschäftigten Arbeiter Zeitlohnarbeiter und als solche zu bezahlen sind. Dem am laufenden Band beschäftigten Arbeiter ist die von ihm zu bewerkstelligende Arbeit der Zeit nach genau vorgezeichnet. Je nach der Schnelligkeit der Bandbewegung muß der Arbeiter die ihm auf das laufende Band zugeführte Arbeit leisten, andernfalls das auf dem Band liegende Material fortgeschoben, für ihn nicht mehr erreichbar wird und Rückstände zu seinem Schaden verbleiben. In möglicher Zeitansparung, in der Schnelligkeit der ihm obliegenden Verrichtungen liegt die Brauchbarkeit des Bandarbeiters. Dagegen hat er keine Möglichkeit, seinen Verdienst durch gestiegene oder verminderte Tüchtigkeit, durch Anwendung geeigneter Werkzeuge, durch Verwertung technischer oder kaufmännischer Fähigkeiten zu steigern. Der Bandarbeiter ist notwendiger Erbe einer Maschine, die ihm obliegenden Arbeiten sind durchweg rein mechanischer Natur. Es war deshalb die erhobene Forderungslage nicht nur zulässig, sondern auch begründet.

Gegen dieses Urteil hatte der Verband der rheinischen Metallindustriellen Revision eingelegt, um in dieser Frage eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen. Das Reichsarbeitsgericht derwar die Revision und legte der Sozialinstanz die nicht nachfolgenden Gründe des Reichspräsidenten auf.

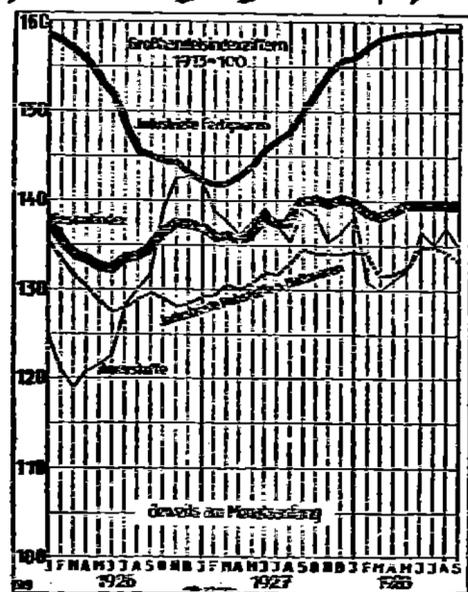
Die am laufenden Band beschäftigten Arbeiter sind als Zeitlohnarbeiter und nicht als Akkordarbeiter anzusehen und demnach zu entlohnen. Der Kläger sei in seiner Forderungslage berechtigt gewesen, da eine Vertragspartei gegen die Tarifvertragsparteien verfahren habe. Im übrigen habe sich das Reichsarbeitsgericht vollständig von den Entscheidungsgründen der Sozialinstanz angeschlossen und dem Kläger zu seinem Rechte verholfen.

Berichtigung

In dem Bericht: Steuerabzug ab 1. Oktober 1926 in der Nr. 40, Seite 34 der ZB ist das erste Beispiel unrichtig. Dieses Beispiel muß heißen:

1. Arbeitnehmer mit drei Kindern 3000 M. Jahresgehalt:	
Abzüge: 1200 M. + 960 M. (nicht 1080 M.) = 2160 M.	
zu verbleiben	840
10 vH Steuer	84
dazu 25 vH (bisher 15 vH)	21
Dennach Steuer	105 M.
gegen bisher weniger	840 M.

Preisbewegung in Deutschland



Zu der Zeitrechnung der Großhandelspreise kommt bei den Agrarprodukten das zunehmende Angebot nach der neuen Ernte zum Ausdruck, bei den Industriepreisen dagegen hauptsächlich der Rückgang der Baumwoll- und Wollpreise.

Hohe Löhne - Starke Kaufkraft - Leistungsfähige Erzeugung

In der Zeitschrift des Verbandes der Waren- und Kaufhäuser wird ein Antrag des bekannten Warenhändlers Eduard A. Filene in Chicago, der verdient, hier mitgeteilt zu werden. Filene untersucht, inwiefern die Banken der Welt den Kaufkraftschwund oder hemmen können und vertritt die Ansicht, daß sie der Unternehmungen, die nicht für wirtschaftliche Regenerierung eingerichtet sind und gewinnlos sind, den Kapitalmarkt zu hemmen, die Kredit verweigern, weil sie die Erzeugnisse und dadurch die Preise hochhalten. Durch die Verengung des Kredites sollen diese Unternehmungen zu unzulässiger Erzeugung- und Verteilungsarten gezwungen werden — aber sie haben keine Darlehensberechtigung. Filene weiß dann an Hand von Zahlen nach, daß die Unternehmungen, die sich auf die neu-

zeitlichen Arbeitsarten ein- oder umgestellt haben, auch die Hauptanteile der Gewinne erzielen.

Die durch Massenerzeugung hergestellten Gütermengen können aber, so schreibt Filene, nur abgesetzt werden, wenn die Zahl der Personen wächst, die sich leisten können, Ware zu kaufen. Die Volksmassen müssen mit Kaufkraft versorgt werden, das heißt sie müssen hohe Löhne erhalten. Er sagt weiter: Außerdem verlangt die Arbeit hohe Löhne, denn nur durch hohe Löhne kann die leistungsfähigste Erzeugung zustande kommen. Die Massenerzeugung ermöglicht aber auch zu gleicher Zeit, höhere Löhne zu zahlen und die Preise zu senken. Diese Voraussetzung ist aber nur von großen Organisationen mit großer Kapitalkraft durchführbar und daher sind die Neigungen zu Zusammenstößen zu unterstützen. Diese Massenerzeugung ist aber weiterhin abhängig davon, daß alle Produktiv- und Gemeinbezugs- und Verteilungsformen arbeiten, damit die Gesamtwirtschaft hohe Löhne bezahlt und alle Güter preiswert hergestellt werden. Filene vertritt den Standpunkt der gebildeten Wirtschaft. Von dieser Erkenntnis aus ist es nur ein Schritt zu der weiteren Erkenntnis, daß „auf die Dauer unser eigenes Volk (das amerikanische) nicht gedeihen kann, wenn nicht auch die anderen Völker gedeihen“. Das ist für Filene weiter nichts als „praktische Geschäftsweltlichkeit“.

Die kostspielige Technische Nothilfe

Eine Arbeitsstunde 1400 Mark

Wie wir bereits mitteilten, will der Reichsminister des Innern die Unterstützung der Technischen Nothilfe einstellen. Daß die Unternehmer mit dieser Maßnahme nicht einverstanden sind, ist erklärlich. Deshalb werden allerhand Versuche unternommen, die Entscheidung des Reichsinnenministers rückgängig zu machen. Unter anderem hat auch der Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona sich an den Senat Hamburgs gewandt: mit der Bitte, sich bei der Reichsregierung für die Aufrechterhaltung der Nothilfe einzusetzen. Der Arbeiterrat von Groß-Hamburg hat aus diesem Grunde an den Senat ein Gutachten geschickt, das die Überflüssigkeit der Technischen Nothilfe zahlenmäßig darlegt. Dann heißt es in dem Gutachten:

„Im Jahre 1926 griff die Denu nur noch in Fällen höherer Gewalt, insbesondere bei Feuer- und Wassergefahren ein und forderte neben denwendungen der Länder und Gemeinden allein aus Reichsmitteln 2.830.000 M., das sind bei 45.607 geleisteten Arbeitsstunden 62,50 M. für die Stunde; dabei hat sich zum Beispiel während des Monats März 1926 auch zum Eingreifen in Fällen höherer Gewalt in keinem einzigen Falle Gelegenheit, im Monat Dezember 1926 wurden im gesamten Reichsgebiet 5 Nothilfe eingeleitet zur Bekämpfung eines Konsumverbrauchs, und die von ihnen geleisteten 35 Arbeitsstunden kosteten dem Reiche rund 50.000 M. mithin mehr als 1400 M. für eine Arbeitsstunde.“

Die einleuchtenden Ausführungen braucht wirklich kein Wort hinzuzusetzen.



Technik und Werkstatt



Wie der Film sprechen lernte

Von Ernst Trebesius

Vom Stummfilm bis zum sprechenden Film war es ein weiter Weg. Viele Erfinder haben ihn beschritten, nur wenige sind zum Ziel gelangt. Einer der ersten, der sich an dies schwierige Problem heranmachte, war der auf so manchem anderen Gebiet erfolgreiche Edison. Schon bald nach Vorführung der ersten Kinematographen griff er den Gedanken an, dem stummen Film das Sprechen zu lehren. Es war nur eine Selbstverständlichkeit, daß er dieses Ziel mit dem von ihm erfundenen Phonographen, der jetzt sein 50-jähriges Jubiläum feiern kann, zu erreichen versuchte. Film und Sprechmaschine mußten ja, in geeigneter Weise miteinander verbunden, ganz von selbst einen sprechenden Film ergeben. Wie in den meisten Fällen, ergab sich freilich auch hier ein großer Widerstreit zwischen Theorie und Praxis. Optik und Akustik wollten durchaus nicht unter einen Hut kommen. Statt des sprechenden Films ergab sich bestenfalls ein Film mit Phonographenbegleitung, da der Gleichlauf zwischen Film und Sprechmaschine schwer herzustellen war und beim Reizen und drauffolgendem Zusammenkleben des Films glatt verloren ging. Zudem ließen sich auf einem Wachsylinder des Phonographen nur eine beschränkte Anzahl Geräusche festhalten; die Zylinder mußten also während der Vorführung in gewissen Abständen ausgewechselt werden.

Die vielen Schwierigkeiten, die sich einer gemeinsamen Verwendung des Films und der Schallplatte (an Stelle des Wachsylinders trat später die Schallplatte) jahrzehntelang entgegenstellten, konnten indessen in den letzten Jahren soweit behoben werden, daß der Signoson-Film nach dem System Brünning heute auch höheren Ansprüchen Genüge leistet. Der völlige Gleichlauf zwischen Film und Schallplatte wird bei diesem System durch einen Synchronmotor mit besonderer Widerstandseinstellung erreicht. Die Aufnahme der Töne erfolgt beim Signoson-Film in der heute bei Schallplattenaufnahmen allgemein gebräuchlichen Weise mit Hilfe eines Mikrophons, dessen elektrische Impulse durch eine Kathodenröhre verstärkt werden. Die Ströme steuern einen elektrischen Schreiber, der eine umlaufende Wachsplatte beschreibt. Die beschriebenen Wachsplatten werden durch eine feine Oberflächenverfälschung leitend gemacht, damit sie in einem galvanischen Bad zur Herstellung eines Metallüberzuges dienen können. Der Metallüberzug wird dann zur Herstellung der Schallplatten benutzt. Diese Arbeitsmethode ermöglicht eine sehr schnelle Herstellung der Schallplatten. Da künftig eines der Hauptgebiete des Films die schnelle Wiedergabe von Tagesereignissen in „Wort und Bild“ sein wird, so kommt dieser Umstand der Verwendung des Signoson-Films sehr zuustatten.

Bei der Vorführung dieses Tonfilms müssen natürlich Vorführungsapparat und Grammophon ebenfalls völligen Gleichlauf haben. Beide Apparate werden deshalb miteinander gekuppelt. Die Kabelle des Grammophons wird bei ruhender Platte in einen spiralförmigen Einlauf eingefügt. Sobald ein auf dem Film an bestimmter Stelle angeordneter Silberkontakt eine Verstärkeröhre betätigt, setzt die Platte ein und der völlige Gleichlauf zwischen Film und Schallplatte ist hergestellt. Der Ton der Platte wird auf elektrisch-akustische Weise durch Lautsprecher verstärkt. Sobald die erste Schallplatte abgelassen ist, schaltet sich selbsttätig die zweite Platte ein. Ein plötzlicher Übergang oder gar eine Pause in der Wiedergabe wird dabei in der Weise vermieden, daß die Lautstärke der ersten Platte in dem Maße geringer wird und schließlich ganz aufhört, je stärker die gleichen Laute von der zweiten Platte wiedergegeben werden. Die schwierige Aufgabe des Plattenwechsels wurde auf diese Weise ausgezeichnet gelöst. Da es neuerdings gelungen ist, Schallplatten mit 40 Minuten Spieldauer herzustellen, wird der Plattenwechsel künftig in den heute üblichen Spielpausen vorgenommen werden können. Die Störung des Gleichlaufs beim Reizen des Films und der nachfolgenden Klebung kann beim Signoson-Film durch eine besondere Vorrichtung wieder hergestellt werden. Die Schwierigkeiten mechanischer Natur können deshalb bei diesem System im Prinzip als überwunden angesehen werden.

Einen völlig anderen Weg beschritten die Erfinder, die die Töne in ähnlicher Weise wie die Bilder auf Filmstreifen einzufangen versuchten, um die Schwierigkeiten des Gleichlaufs zwischen Bild- und Tonwiedergabe mit einem Schlage zu beheben. Die Töne ließen sich auf zweierlei Weise auf dem Film verewigen: unmittelbar durch Anwendung der Graviermethode, wobei ein Stift Vertiefungen in den Film ritzte, oder mittelbar durch Anwendung einer optisch-photographischen Methode, die die Umwandlung von Tönen in Lichtschwankungen gestattet. Die Lichtschwankungen lassen sich genau so wie alle übrigen Eindrücke, die der Film sammelt, auf dem Streifen festhalten. Beide Wege sind anfänglich beschritten worden. Erfolg hatte jedoch nur die zweite Methode, also die Umwandlung der Schallwellen in Lichtschwankungen, die in der üblichen Weise auf einem Film festgehalten werden können. Die zweite Methode borg verschiedene Ausführungsmodifikationen, die von den Erfindern auch alle erschöpft worden sind. So ist es leicht erklärlich, daß wir heute eine ganze Anzahl Tonfilmssysteme haben, die schließlich alle den gleichen Grundgedanken aufweisen, sich jedoch durch wichtige Eigenheiten voneinander unterscheiden.

Ehe auf diese Besonderheiten der verschiedenen Erfindungen näher eingegangen wird, sei zunächst zum besseren Verständnis die Arbeitsweise des deutschen Tri-Ergon-Systems kurz skizziert. Tri-Ergon (das Wort der drei) wurde von den Ingenieuren Majolle, Vogt und Engel im Jahre 1918 begonnen und 1923 der Öffentlichkeit erstmalig vorgeführt. Bei der Aufnahme eines Tri-Ergon-Films werden alle Geräusche von einem Reiz-Mikrophon in elektrische Impulse verwandelt. Diese elektrischen Stromschwankungen werden durch eine Verstärkeröhre etwa 100-fach verstärkt. Sie sind daher imstande, eine elektrische Aufnahmeplatte zum Aufzeichnen zu bringen. Je nach Stärke und Art der aufzunehmenden Geräusche wird die Membran des Mikrophons in stärkere oder schwächere Schwingungen versetzt. Diese Schwingungen setzen sich im Mikrophon in gleicher Weise in elektrische Stromschwankungen um, wie es uns vom Fernsprecher her bekannt ist. Die Stromschwankungen bringen nach entsprechender Verstärkung durch eine Röhre die elektrische Aufnahmeplatte zu mehr oder weniger starkem Aufleuchten, und diese Lichtschwankungen werden auf einem zweiten Film, der

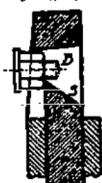
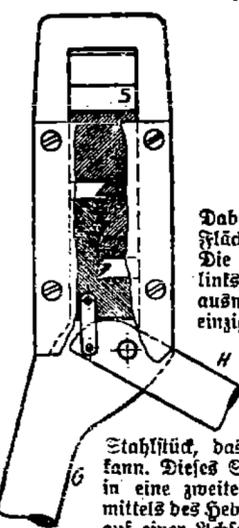
in einem besonderen Apparat mit gleicher Geschwindigkeit wie der eigentliche Aufnahme film läuft, aufgenommen. Im Gegenlicht zur Schallplatte, auf die man die Schallschwankungen mit einem Stift einprägt, werden also bei dieser Methode die Schallschwankungen in Lichtschwankungen umgewandelt, die in bekannter Weise auf einem Film photographiert werden. Beide Filme werden nach der üblichen Behandlung auf einem gemeinsamen Positivfilm kopiert, der jedoch statt der üblichen Normalbreite von 35 mm eine Breite von 42 mm besitzt. Zur Vorführung der Tri-Ergon-Filme sind deshalb besondere Vorführapparate erforderlich. Die aufgenommenen Geräusche sind am linken Rande des Filmstreifens als schmales Band ineinander verflochten hellerer oder dunklerer Linien sichtbar.

Bei der Filmwiedergabe wird das Aufnahmeverfahren gewissermaßen rückwärts durchschritten. Die seitlichen Linien (das Phonogramm) werden durch eine zweite Lichtquelle völlig getrennt von der Projektorlampe durchleuchtet. Je nach der mehr oder weniger großen Lichtdurchlässigkeit des abrollenden Phonogramms wird der den Film durchdringende Lichtschein mehr oder weniger geschwächt. Eine sehr empfindliche Lichtzelle verwandelt die Lichtschwankungen in elektrische Stromschwankungen, die schließlich mit Hilfe einer Membran genau wie beim Fernsprecher in Schallwellen umgewandelt werden könnten. Anstelle eines gewöhnlichen Telefons verwendet Tri-Ergon jedoch ein Statophon, das mit mehreren Membranen versehen ist.

Nach dem Grundprinzip der Lichtmodulation arbeiten auch mehrere andere Systeme. Sie unterscheiden sich vorwiegend durch die Methode, nach der die Schallwellen in Lichtschwankungen umgewandelt werden. Bell benutzte eine Spiegelmembran, die beim Gegenprechen einen Lichtschein verschiebendartig reflektierte. Diese Anordnung wurde von dem Ungarn v. Mikulich wesentlich verbessert, ohne daß damit alle Nachteile ausgeschaltet werden. Andere Erfinder versuchten ihr Glück mit der „singenden Bogenlampe“ oder mit der Keryzelle. Sie alle erfüllen den angestrebten Zweck mehr oder weniger vollkommen. Küchenmeister und Kühnemann kommen bei ihrem System mit dem Normalfilm aus. Aufnahme- und Wiedergabeapparate sind als Zusatzgeräte an jedem normalen Kinoapparat anzuschließen. Zu erwähnen sind noch die Systeme von Karolus, des Amerikaners Lee de Forest und der Tönen Peterzen und Bouillon. Alle haben ihre Vorzüge und Nachteile. Der jetzt in Deutschland beschrittene Weg, die besten Systeme zu gemeinsamer Weiterentwicklung unter einen Hut zu bringen, ist deshalb lebhaft zu begrüßen.

Ein neuer Holzschneider

Die Abbildung zeigt ein neues Werkzeug, das dazu dient, Schraubenbolzen direkt über der Mutter glatt abzuschneiden, ohne das Gewinde des stehenbleibenden Bolzens zu zerstören. Aus dem rechts oben gezeichneten Schnitt erkennt man zunächst die Wirkungsweise des Werkzeuges. Die Schneide S gleitet auf der Mutter entlang und entfernt das überstehende Ende B des Schraubenbolzens, wobei die Mutter gegen den oberen Rahmen gedrückt wird und dort Halt findet.



Dabei bewegt sich die Schneide zwischen vier Flächen, von denen der Schnitt nur zwei zeigt. Die beiden anderen erkennt man im Hauptbild links, wo sie die beiden Seiten des Rahmens ausmachen, der mit dem Handgriff G ein einziges Stück bildet.

Die auch im Schnitt sichtbaren Gleitflächen der Schneide werden von zwei abschraubbaren starken Nieten gebildet, die im Hauptbild nur angedeutet sind. Die Schneide befindet sich an einem Stahlstück, das sich im Rahmen hin- und herbewegen kann. Dieses Stahlstück trägt eine kurze Zahnstange, die in eine zweite Zahnstange eingreift. Die letztere kann mittels des Hebels vorwärts bewegt werden, der exzentrisch auf einer Achse drehbar angebracht ist. Dreht man den Hebel H auf den Griff G zu, so drückt er die Schneide vorwärts, wodurch der Bolzen abgechnitten wird. Beim Zurücknehmen des Hebels H zieht eine Feder die Schneide wieder zurück. Die Zahnstangen dienen der Schneideeinstellung auf verschiedenen Schnittlängen. Beim Einstellen muß eines der beiden seitlichen Nieten abgenommen werden. Das Werkzeug ist sehr einfach zu bedienen und liefert tadellos glatte Schnitte, die mit der oberen Mutterfläche durchlaufen. Es

Das gesicherte Automobil

Bekanntlich werden Automobile fast täglich gestohlen. Die Diebe sind in den meisten Fällen schwer zu fassen, da sie das entwendete Auto in Kürze so umgestalten, daß es nicht wiederzuerkennen ist. Der Wagen erhält eine neue Lackierung und eine neue Nummer. — Hat ein Wagenbesitzer Gewächse zu erledigen, so kann er eine Bürgschaft erhalten, daß ihm der Wagen nicht gestohlen wird, wenn er nämlich parkt, das heißt wenn er keinen Wagen an einem dafür geschlossenen Platz stehen läßt. Für monatlich 20 M erhält er zugleich die Bürgschaft, daß dem Wagen nichts passiert.

Die Ausgaben für das Parken können gespart werden, wenn man an das Auto einen Apparat anbaut, der einen Diebstahl einfach unmöglich macht. Das Schlüsselssystem, wie es vielfach angewendet wird, um den Zündstromkreis zu unterbrechen, ist auch kein vollständiger Schutz; denn es sind Diebe abgefaßt worden, die einen ganzen Tag derartiger Schlüssel bei sich hatten.

All den Mühsalkeiten und Unzulänglichkeiten sucht ein elektrischer Kombinationschalter zu begegnen, der zum Patent angemeldet ist. Die Funktion des Schalters ist folgendermaßen: Durch Verstellung einer dreifachen Zahleinstellung erfolgt die Unterbrechung des Zündstromkreises. Dieser wird geschlossen, wenn die drei Zahleinstellungen eine bestimmte, vom Autobesitzer vorher eingestellte Zahl ergeben. In diesem Augenblick kann erst gestartet werden. Wenn man bedenkt, daß durch die verschiedenen Verstellungen ungefähr 20 000 Zahlenjense erzeugt werden, so erkennt man, wie groß die Sicherheit des Apparats ist. Die Verstellung der Gesamtzahl, die mit der Startnummer gleich ist, kann in kurzer Zeit erfolgen, indem der Wagenbesitzer die Apparatur entfernt, die Zahleinstellungen durch einen Schlüssel umstellt und dann die Kombination entsprechend auf die gewünschte Startnummer verstellt. Um eine schnelle Verstellung zu ermöglichen, sind die Rädchen der

Zahleinstellung mit der vorn auf der Zahlscheibe aufgetragenen Zahl übereinstimmend geschlagen. Ferner ist die Einrichtung so getroffen, daß sich die Abdeckklappe nur dann entfernen läßt, wenn die richtige Zahl eingestellt ist. Um Schwarzfahrten bei Privatautomobilien zu verhindern, ist die Kappe nach veränderter Startnummer vom Wagenbesitzer zu plombieren.

Sollte dieses Sicherheitssystem einem Dieb zur Genüge bekannt sein, so wird er natürlich versuchen, den Schalter mit seiner Wirkungsweise zu umgehen. Bei einem Wagen mit Kurbel, die zur Einschaltung der Zündung benutzt wird, wird er versuchen, die Kurbelverbindung mit Gewalt zu entfernen, was ihm vielleicht auch gelingt. Zu diesem Augenblick aber, in dem die Unterbrechung der Kabelverbindung erfolgt, sei es durch Abschrauben der Anschlüsse oder durch Durchschneiden der Verbindung usw., wird eine unter dem Wagen befindliche und schwer zugängliche Alarmfalle eingeschaltet. Diese macht natürlich alle Vorbegehler aufmerksam und die Folge davon ist, daß der Dieb schließlich das Weite suchen wird. Da die Zirkel mit Ruhestrom arbeitet, ähnlich den Anordnungen der Diebalarmanlagen, so wird das Alarmgerät immer ertönen, wenn Handgriffe an dem Kabel zwischen Magnet und Zündkerzen vorgenommen werden.

Die Bereitschaftsstellung für den Startknopf wird erreicht, wenn durch Drehen des einen, beider oder aller dreier Antriebsknöpfe der Zahlscheibe die Einstellung der richtigen Zahl erfolgt ist. Durch Druck auf den Startknopf springt im gleichen Augenblick der Motor an. Die eingestellte Zahl ist dann hinter einem dreiteiligen Fenster sichtbar. Um nun bei Mietwagen oder aus anderen Gründen die Zahl nicht sehen zu lassen, ist eine Einrichtung getroffen, die das Abdecken der Sichtfenster ermöglicht. Ein gerissener Dieb wird natürlich mit allen Mitteln arbeiten, wenn es sich darum handelt, einen Wagen zu stehlen, so wird er zum Beispiel versuchen, über den Rücken des Wagenlenkers hinweg die Nummer abzulesen, dieses ist ihm durch Benutzung der Abdeckfenster unmöglich gemacht. Um beim Einstellen der Startnummer bei abgedecktem Fenster zugleich eine Kontrolle bei Einstellung der richtigen Zahl zu haben, läßt sich eine kleine Kontrollampe anbringen, die in dem Augenblick der Einstellung erlischt.

Das eingebaute Zubehör dieser Einrichtung besteht aus einer Zahlscheibe von 100 Millimeter Durchmesser. Diese Scheibe hat drei Drehknöpfe zur Ein- oder Verstellung der Startnummer, ferner den Startknopf und den drei Knöpfen für die Abdeckfenster.

Daß dieser Schalter ein großes Anwendungsgebiet erobern wird, liegt auf der Hand. Das Verbreitungsgebiet ist unbeschränkt. So kann der Apparat für alle Automobile, Last- und Geschäftswagen verwendet werden. Bei den Geschäftswagen wird dadurch der Diebstahl erschwert. Ferner läßt sich der Kombinationschalter bei Motorbooten mit und ohne Benzin einbauen und zugleich auch bei Motorbooten vorteilhaft verwenden. (Ing. G. De w a r d.)

Der größte Elektromagnet der Welt

In einem pariser Staatslaboratorium ist kürzlich ein Elektromagnet fertiggestellt worden, der mit seinen riesenhafte Ausmaßen als der stärkste der ganzen Welt anzusehen ist. Für viele wissenschaftliche Untersuchungen benötigt man heute allerstärkste Magnetsfelder von möglichst großer Ausdehnung; während nun bisher die stärksten erreichbaren Felder sich nur über einen Raum von einigen Kubikmillimetern erstreckten, gelingt es bei der neuen Ausführung, diese in einem tausendmal größeren Raum aufrechtzuerhalten, so daß man darin kleine elektrische Öfen oder Gefäße mit flüssiger Luft aufstellen kann und Versuche bei den höchsten und tiefsten Temperaturen auszuführen imstande ist. Der wesentlichste Teil des großen Magnets bilden die beiden einander gegenüberstehenden, am Ende kegelförmig ausgebildeten Pole von 1,9 Meter Länge, die auch die Wüchlingstragen. Die verwendeten Kupferdrähte sind hohl und werden zur Kühlung von Wasser durchspült. Die Gesamtlänge der Drähte erreicht die stattliche Ziffer von 5 Kilometer und ihr Gewicht beträgt rund 5 Tonnen. Für die Isolierung wurden 28 Kilometer Isolierband und 40 Kilometer Nitropapier benötigt. Der ganze Elektromagnet besitzt eine Länge von 6,3 Meter bei 2,75 Meter Breite sowie Höhe, und das Gesamtgewicht erreicht 120 Tonnen, wovon etwa 105 Tonnen auf Eisen und 9 Tonnen auf Kupfer entfallen. Das ist ein Gewicht, wie es heute die größten Lokomotiven aufweisen. Zum Betrieb des Meßapparates braucht man normalerweise eine elektrische Leistung von 100 Kilowatt, doch läßt sich diese ausnahmsweise bei starker Kühlung auch auf 2500 Kilowatt steigern. Der beschriebene Elektromagnet soll zunächst nur rein wissenschaftlichen Versuchen dienen, die die verschiedensten Gebiete betreffen, wie die Zusammenfassung der Materie, die Molekular- und Atomtheorie, das Wesen des Lichtes, die Elektrizität, Radioaktivität und Biologie. Man hört angelehnt der Tatsache, daß zum Bau des Meßapparates über eine Million Mark angewendet wurde, die müßige Frage, ob es denn angebracht sei, für rein theoretische Untersuchungen solche bedeutenden Mittel auszuwerfen, verfährt aber dabei ganz, wie oft schon kleine, zunächst unheimbare Entdeckungen in wissenschaftlichen Laboratorien später zum Ausgangspunkte bedeutender Industrien wurden. Aber hätte damals, als in einem kleinen Versuchsinstitut die ersten Tropfen flüssiger Luft gewonnen wurden, vorausgesehen, daß später allein in Deutschland viele Hunderte von Luftverflüssigungsanlagen betrieben würden, oder wer hätte daran gedacht, als Faraday die elektrische Induktion entdeckte und ihre Gesetze formulierte, daß diese Jahrzehnte später zur Gründung einer neuen Technik, der heute so kraftvoll entwickelten Elektrotechnik führen würde?

Ein chemisches Mittel zur Beseitigung unerwünschten Pflanzenwuchses

Ein großer Farbentzerner bringt neuentens ein chemisches Mittel in den Handel, um unliebamen Pflanzenwuchs auf Bahnhöfen, Wegen und Steinpflastern billig und mühelos zu beseitigen. Wissenschaftliche Untersuchungen und ausgiebige praktische Erfahrungen haben gezeigt, daß eine ein- bis zweiprozentige wässrige Lösung von Natriumchlorat sich für den erwählten Zweck ausgezeichnet eignet: auch widerstandsfähige, härtere Pflanzen, wie Beifuß, Schafgarbe, insbesondere aber harte Schneidgräser sterben nach wenigen Tagen ab, sobald sie mit der Natriumchloratlösung (2 vH) besprengt werden. Nur jene Pflanzen werden vernichtet, die von der Lösung unmittelbar getroffen werden, so daß man schon auf größere Entfernung auf den Zentimeter genau ersehen kann, was besprengt wurde. Man benötigt für 100 Quadratmeter etwa 100 bis 150 Liter Lösung, die man erhält, indem man 2 Kilogramm Natriumchlorat in der vorstehenden Wassermenge auflöst. Wie die Firma angibt, ist das Natriumchlorat, äußerlich gebraucht, ungiftig und völlig geruchlos. Eine Einwirkung auf Eisen findet in keinem höheren Maße statt als zum Beispiel bei Kochsalzlösung; dazu kommt, daß die Lösung die Kostbildung nicht begünstigt. Die zweiprozentige Lösung greift Kleber und Schuhe nicht an. Obwohl festes Natriumchlorat auch in der Lebensmittelindustrie Verwendung findet, ist eine ein- bis zweiprozentige wässrige Lösung ganz ungefährlich und die durch das Mittel abgetöteten Pflanzen brennen kaum leichter als anderes hartes Gras, hingegen ist es durchaus zu vermeiden, festes Salz mit leicht brennbaren Stoffen zusammenzubringen. Das erwähnte Natriumchlorat, das in der erforderlichen schwachen Lösung in eisernen Behältern verpackt wird, ist nicht zu verwechseln mit dem Natriumchlorat, das in der Medizin zum Gurgeln verwendet wird, wesentlich schwerer sich löst und an wirksamem Sauerstoff um mindestens 10 vH ärmer ist als das Natriumchlorat.



Familie und Heim



Sklavinnen der Fabrik

Frühmorgens, wenn die Dampfsirenen brüllen
Und eh' die schweren Morgennebel steigen —
Die Flug und Stadt trübseelig grau umhüllen —
Wir uns schon über die Maschinen neigen.

Lang, eh' der Mittag ruft zu kurzer Pause —
Wie flüchtig sind die kärglichen Minuten! —
Sind wir schon müd von des Maschinensaals Gebräuse,
Das auf uns schlägt mit unsichtbaren Ruten.

Und kommt dann endlich süß der Feierabend,
Sind ausgelaut und blutlos unsere Säfte:
Und was uns liebenswert und gut und labend
Wird schal und hohl, weil spannungslos die Kräfte.

So leben Tag für Tag wir in der Sklaverei
Und unser duldend Frauentum kann sich nicht wehren!
Wann brechen, schlagen unsere Männer stark entzwei
Die Fesseln, die das Glück uns wehren?

Damit nicht mehr, frühmorgens, wenn Sirenen brüllen
Wir unseren Lebensraum von Mutterglück —
Wie würden Kind und Mann uns tief erfüllen! —
Als schwerstes aller Opfer bringen der Fabrik.

Geburtenregelung

Es gibt heute kaum eine Sache, die vom Standpunkte der Medizin, der Wirtschaft und Politik, des Staates und des einzelnen und noch mehr der einzelnen Menschen heiser umritten wäre, als das der Geburtenkontrolle. Oberregierungsrat Burgdorfer von der bevölkerungswissenschaftlichen Abteilung des Reichsministeriums hat sogar in einer kleinen Schrift nachgewiesen, daß bei Berücksichtigung des heutigen ungewöhnlichen Altersaufbaus der deutschen Bevölkerung — ungewöhnlich geringe Befehung der untersten und ungewöhnlich hohe Befehung der mittleren Altersklassen — die geltenden Sterbeziffern zu niedrig und die geltenden Geburtenziffern zu hoch erscheinen. Nach seiner Ansicht halten sich vielmehr die „bereinigten“ Geburten- und Sterbeziffern die Wage und das deutsche Volk hat bereits im Jahre 1927 aufgehört, ein wachsendes Volk zu sein. Diese rein rechnerische Erkenntnis regt zu den verschiedenartigsten Erwägungen an. Die einen tun das, was — wie die Geschichte lehrt — alle Völker in der gleichen Lage mit dem gleichen Mißerfolg getan haben: sie rufen nach gesetzlichen Mitteln zur Erhöhung der Geburtenziffer in Form von Steuererleichterungen für Kinderreiche, Jungesellensteuer und Elternschaftsversicherung und in Form von Verschärfung der Abtreibungsstrafen und Verboten empfangnisverhütender Mittel. Die anderen übernehmen es, aus eigener Verantwortung ihre Nachkommenzahl zu regeln, daß der Gesellschaft ein Zuwachs durch jedes einzelne ihrer Kinder gewiß ist — sie halten also ihre Kinderzahl im Rahmen ihrer Verpflegungsmöglichkeiten und verlangen eine gleiche Verantwortungsbewußtheit Haltung von den anderen Nutznießern des Volksvermögens.

Daß die bei dieser Anspitzung angewendeten Verfahren sich von der Kindsterblichkeit und — erst teilweise! — von der Unterbrechung der Schwangerschaft abgeleitet haben und immer stärker in empfangnisverhütenden Maßnahmen bestehen, ist vom Standpunkte der Medizin wie des Staates (Krankheitsökonomie!) nur zu begrüßen, ganz zu schweigen vom Standpunkte der durch Geburtenregelung nicht mehr überlasteten und durch ungewollte Mutterschaft nicht mehr entwürdigten Frau. Die proletarische Frau aber, für die eine solche Entlastung besonders wichtig wäre, muß täglich an ihrem verarmtesten Leibe spüren, daß sich auch hier das Klaviergesetz in seiner ganzen Schärfe geltend macht. Während ihre zahlungsunfähigen Schwägerinnen längst die Verantwortung der freiwilligen Mutterschaft tragen, steht die Proletarierin in vielen Fällen noch unweit im zwangsmäßigen Ablauf des Naturgeschehens. Erst allmählich setzt sich in allen Staaten des westlichen Kulturkreises eine Wandlung durch.

Da der überlastete Kassenarzt für die auf diesem Gebiete notwendige Tätigkeit der Geburtenberatung nicht in Frage kommen kann und auch häufig wegen seiner persönlichen Zugehörigkeit zur oberen Gesellschaftsschicht nicht in Frage kommen will, ist der Ausweg offenbar unentgeltliche Beratungsstellen für Sexual- und Fortpflanzungsberatung gegeben. Das Institut für Sexualwissenschaft in Berlin, dessen Leiter Professor Magnus Hirschfeld ist, ging 1919 mit der Gründung einer solchen Stelle heran. Dann folgten die Ehe- und Sexualberatungsstellen des Deutschen Bundes für Mutterschutz in Hamburg (1924), Frankfurt a. M., Mannheim, Breslau und Berlin, nebst einer noch die Beratungsstelle für Geburtenregelung in Berlin-Charlottenburg. Auch die „mündlichen“ Eheberatungsstellen können für diese Beratungen nicht verschmäht werden. Die Tätigkeit der freiwilligen Beratung von Dezember 1927 über die Ehe- und Sexualberatungsstellen bezieht die Geburtenregelung ausdrücklich in den Aufgabekreis dieser Stellen ein, während die präventive medizinische Beratung vom Februar 1926 die Eheberatungsstellen auf die gesundheitliche Beratung von Eheverwebern beschränkt. Aber auch diese präventive mündlichen Beratungsstellen müssen sich in ihrer Tätigkeit mit Geburtenregelung befassen und tun es auch je nach der Periodizität ihres Bestehens in größerem oder geringerem Ausmaß. Der Arzt hat hier häufig nichts anderes zu tun, als an die Stelle der bisher getretenen ungerichteten Beratung der Beratung gesundheitlich einwandfreie zu geben. Man darf nämlich nicht etwa glauben, daß Frauen, die zur Kleinhaltung ihrer Familie entschlossen sind, erst die Erlaubnis durch den Arzt erwirken.

Die meisten Kaufleute in Geburtenregelungsfragen sind berufliche Arbeiterinnen, die bereits mehrere lebende Kinder haben und keine weiteren erwägen können oder — wenn Erbschaften in der Familie herrschen — durch die hohe Steuerlast und Steuerzahl ihrer Kinder den Frei werden haben, für noch mehr Lebensangehörige Kinder die Verantwortung zu übernehmen. Die Beratungsstellen des Bundes für Mutterschutz in Frankfurt a. M., die als einzige im Reich im Zusammenhang mit Gesundheits- und sozialen Verhältnissen hauptsächlich angeordnet hat, gibt über den ungeschwungenen Willen zur Mutterschutz in den letzten ihrer letzten Angelegenheiten. Die durchschnittliche Kinderzahl betrug bei Geburten 5, bei Abtreibung 4, abzüglich jedes fünften bis sechsten Kindes. Das zeigt die ungünstigen Bedingungen, unter denen Familien als zahlungsfähig die bevölkerungspolitische Förderung Großeltern (dem man ja im übrigen nicht ganz unangekündigt) das zur Schwundbestimmung der Bevölkerung die Aufgabe von mindestens drei Kindern über das fünfte Lebensjahr hinaus geben ist. Es wäre jetzt schwierigsten Materials mühsam, daß

alle Ehe- und Sexualberatungsstellen beratende Statistiken aufmachen, die alsbald die Öffentlichkeit davon überzeugen würden, wie eine vernünftige Geburtenpolitik der Gesellschaft große unproduktive verbrauchte Summen (Armen- und Krankenhäuser, Gefängnisse u. a.) ersparen und statt dessen viel produktive Menschenkraft in der nicht mehr überlasteten Elternschaft erhalten würde.
Dr. Lotte Reifer-Schroeter.

Arbeiterin und Mutter

Auf meinem Gange zur Fabrik zeigt sich tagtäglich ein trauriges Bild: Morgens um 6 Uhr sieht man Mütter mit zwei und drei Kindern im Alter von vielleicht einem bis vier Jahren vor dem Gang zur Fabrik nach der Kinderkrippe laufen. Ist eine solche Frau überhaupt noch Mutter? Oder ist sie nicht nur Mittel zum Zweck der kapitalistischen Wirtschaftsordnung? Das höchste Glück einer Mutter ist, ihre Kinder zu erziehen. Mit welchen Empfindungen mag so ein armes Wesen von einer Mutter dem kommenden Tag entgegengehen! Anstatt daß sie mit ihrem Kinde, um dessen willen sie unermessbare Mühseligkeiten auf sich nimmt, leben kann; anstatt daß sie sich ihrem unter Schmerzen geborenen Kinde liebevoll widmen kann, muß sie, um sich und ihr Kind vor Hunger zu schützen, dieses in fremde Hände geben, muß zusehen, wie es in einem Geiste erzogen wird, der ihr unmöglich Grauen einflößt. Tagtäglich muß sie von 47 bis 16 oder 17 Uhr unter einem schlaun ausgefüllten Akkordsystem schlingen, das ihr kaum Zeit läßt, ihre Notdurft zu verrichten. Nach der Arbeitszeit, wenn andere Feierabend haben, muß sie, um ihr Kind noch vor Vorbruch in Empfang nehmen zu können, nach der Krippe hasten, muß dann noch für ihre Familie das Abendessen richten und den Haushalt in Ordnung bringen. Ist das überhaupt noch ein menschenwürdiges Dasein? Ist das nicht ein erbärmliches Existieren? Wo soll dieses geplagte Wesen noch Liebe und auch nur ein paar gute Worte für ihr Kind herbringen? Und der Mann und Familienvater ist dann einer unzulänglichen Erziehung trotz angestrengter Arbeit und Entschädigung nicht in der Lage, die Kosten für genügende Wohnung, Nahrung und Kleidung zu bestreiten. Er muß mit ansetzen, wie seine Familie ständig in die Hungergefahr herumpendelt und schließlich dem Siedetum verfällt. Und dies, während auf der andern Seite eine Gesellschaftsklasse ein Schlenmerleben führt. Bedenken unter solchen Verhältnissen Kinder, die ungewollt unter dem Druck des Gesetzesparagraphen 218 das Licht der Welt erblicken, nicht eine Qual für die Eltern? Der Staat ist es, der den Gebärzwang fordert, der es aber andererseits unterläßt, den Menschen ein Mindestmaß von Lebensmöglichkeit zu sichern. Solange der Staat nicht will oder nicht kann, seinen Bürgern auskömmlich Arbeit und Brot zu verbürgen, solange hat er kein Recht, wenigstens kein moralisches Recht, von den Arbeiterfrauen zu verlangen, daß sie auf Geburten Kinder gebären, für deren Fortkommen keine Sicherheit gegeben ist. Also nicht mehr Kinder, als man vor seinem Gewissen verantworten kann. Man werfe einen Blick nach jener Gesellschaft, die so sehr für den Gebärzwang eintritt. Man wird sehen, daß gerade jene am wenigsten von ihrer eigenen Lehre Gebrauch machen; daß gerade sie es sind, die einerseits aus Bequemlichkeit und aus Furcht, ihre Schönheit und Gesundheit einzubüßen, andererseits um ihren Reichtum zusammenzuhalten, mit Hilfe ihres Geldbetrags und ihrer Aufgeklärtheit in Sexualfragen sich der Schutzmittel gegen Geburten bedienen.

Wir Arbeiter fordern nicht mehr, als das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper. Den Eltern soll und muß es überlassen bleiben, wann und unter welchen Umständen sie gewillt sind, einem Kinde das Leben zu schenken.

Es bleibt für uns in erster Linie die Frage: Ist es überhaupt möglich, die Frau auf geistlich erlaubtem Wege mit Mitteln, die für die Gesundheit der Frau nicht schädlich sind, vor ungewollter Schwangerschaft zu schützen? Diese Frage ist zu bejahen, denn nur so lassen sich namenhaftes Elend und zahlreichere Fernwünsche in den Familien verhindern. Den moralisierenden Gesellschaftskritikern sei gesagt, jetzt in erster Linie dafür, daß unsere Arbeiter entsprechend ihrer Leistung entlohnt werden, damit sie die Möglichkeit haben, einen von Not freien Hausstand zu gründen und die notwendigen Mittel, um ihre Kinder anständig zu nähren und zu schuln.
G. Schmalder.

Die Kaufparkasse

Der Förderung des Abzuges sollen die Abzahlungsgehalte dienen, indem durch geringe Anzahlungen in Verbindung mit ratenmäßiger Abzahlung es dem Käufer leichter gemacht werden soll, seinen Bedarf zu decken. Die Abzahlerei, dann auch die Einheitspreisänderung und die Zugabegehalte sind Waffen im gegenseitigen Wettbewerb der Unternehmungen und Geschäfte; und das alles angeht nur zum Vorteil des Käufers. Dabei müßte sich doch jeder vernünftige Mensch fragen, daß vom Zugeben kein Geschäft bestehen kann, daß vielmehr der Käufer diese „Gratis“-Zugaben bei der Einrichtung des Preises mit in Rechnung gestellt bekommt. Und was die Abzahlungsgehalte anbelangt, so wird der Käufer erstens vielfach verleitet, sich nicht unbedingt nötige Sachen zuzulegen, zweitens muß er die Sachen überzahlen, da diese Geschäfte doch aus ihren Mitteln dem Kunden die Kredite gewähren und diese selbstredend auch verzinst haben wollen.

Eine neue Art des Kundenzuges will der bekannte Kaufstadt-Konzern einführen. Es ist die sogenannte Kaufparkasse. Der Gedanke ist der, daß die Kunden Sparzahlungen machen, um dafür, je nach Höhe ihrer Einkünfte, Waren entnehmen zu können.

Obwohl der Gedanke nicht völlig neu ist auf dem Gebiete des Kundenzuges, erhält er doch eine besondere Bedeutung durch die hohe Verzinsung, die der Warenhauskonzern Kaufstadt für die eingezahlten Spargelder gewähren will. Die Gelder sollen mit dem Tage der Einzahlung bis zum Einwerb der Waren mit 12 vH verzinst werden.

Diese außergewöhnliche Verzinsung wird für eine Menge von Kunden einen starken Anreiz bilden, um sich den Verkaufsstellen des Kaufstadt-Konzerns zuzuwenden. Zudem wird der Käufer nicht, wie im Abzahlungsgehalt, zum Schuldverwahren verleitet. Da jedoch eine Rückzahlung der eingezahlten Spargeldbeiträge aus geschlossenen sein soll, so ist auch hier, genau wie beim Abzahlungsgehalt, zu beachten, daß sich der Käufer vielfach zum Kauf gezwungen sieht, wobei er sich gegenwärtig verleiten lassen.

Es ist schon gesagt, man sich über den hohen Zinsfuß nicht zu wundern. Der Anreiz wird sich wohlwiegend nicht unerheblich steigern, wenn man die Konzern mit den eingezahlten Spargeldbeiträgen wirtschaften, so daß immer noch ein erheblicher Reingewinn für die Aktienbesitzer des Konzerns herauskommt.

Wird die neue Einrichtung Erfolg haben, so werden bald noch mehr Warenhäuser dem Beispiel folgen. Wenn die Kaufparkasse auch den Kaufstift hat, daß eine Rückzahlung der Spargeldbeiträge nur durch die Entnahme von Waren stattfindet, so bleibt immer noch das Verdienst der ungewöhnlich hohen Verzinsung der eingezahlten Beiträge.

Die Arbeiterklasse, soweit sie überhaupt bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen in der Lage ist, zu sparen, sollte sich auch durch dieses neue Substrat nicht ablenken lassen. Sie besitzt ihre eigenen Sparkassen und Sparbücher, das sind die Konjunktionsgesellschaften. Der Bedarf im eigenen Geschäft, im Konjunkturkreis, den die Spargeldbeiträge der eigenen Sparkasse zuleiten, das bedeutet eine Erigerung der Kaufkraft des Arbeitnehmers.

Tolstoi über Krieg und Christentum

Das Heer — ein Werkzeug des Mordes

In „Tausend und eine Nacht“ finden wir eine Erzählung, wie ein auf eine wüste Insel verlagener Reisender am Ufer eines Baches auf einen auf der Erde lauernden Greis mit abgekehrten Beinen stößt. Der Greis bittet den Reisenden, ihn auf die Schulter zu nehmen und über den Bach zu tragen. Der Reisende willigt ein. Über wie nun der Greis sich auf den Schultern des Reisenden festgesetzt hat, so umschlingt er sofort dessen Hals mit den Beinen und läßt ihn nicht mehr frei. Nachdem er von dem Reisenden Besitz ergriffen hat, treibt er ihn an, wie er will, reißt Früchte von den Bäumen, ißt sie selbst, ohne sie mit dem Reisenden zu teilen, der ihn trägt und verböt ihm noch in jeder Weise.

Das gleiche geschieht mit den Völkern, die den Regierungen Soldaten und Geld gegeben haben. Für Geld kaufen die Regierungen Waffen und mieten oder bilden sich durch Erziehung verantwortungslos, vertierte Kriegsbefehlshaber heran. Und in künstlichen Methoden der Verdummung, die sie Disziplin nennen und die sie durch Jahrhunderte ausgeübt haben, machen sie aus Menschen, die als Soldaten einberufen worden sind — ein diszipliniertes Heer. Die Disziplin aber besteht darin, daß Menschen, die zu dieser Unterwerfung gelangt sind und sie eine gewisse Zeit genossen haben, alles dessen verlustig gehen, was für den Menschen wertvoll ist: der hauptsächlich menschlichen Eigenschaft — der Freiheit der Vernunft. Vielmehr werden sie zu gehoramen maschinenmäßigen Werkzeugen des Mordes in den Händen ihrer organisierten hierarchischen Obrigkeit.

Nicht umsonst legen alle Könige, Kaiser, Präsidenten soviel Wert auf Disziplin, bestrafen ihre Verletzung und halten für die allerwichtigste Sache: Befehlsgehorsam, Manöver, Paraden, Paradezüge und ähnliche Dummheiten. Sie wissen, daß alles dies die Disziplin ist; und auf der Disziplin beruht ja nicht nur ihre Macht, sondern auch ihre Existenz. Das disziplinierte Heer ist jenes Werkzeug, durch dessen Hilfe sie mit fremden Händen die größten Verbrechen begehen können, deren Möglichkeit gerade ihnen die Völker unterwirft.

Und gerade in diesem disziplinierten Heer ist das Wesen jenes Betruges begründet, der die Regierungen der Neuzeit zur Herrschaft über die Völker verhilft. Und wenn dieses widerwärtige Werkzeug der Gewalt und des Mordes sich in der Macht der Regierungen befindet, so ist das ganze Volk in ihrer Hand und sie geben es nie mehr frei und sie richten es nicht nur zugrunde, sondern sie verspotten es noch, indem sie ihm mit lügnisreicher religiöser und patriotischer Ergebenheit einflößen und sogar Verehrung für sich selbst, das heißt für dieselben Menschen, die das ganze Volk in Sklaverei halten und es quälen.

Kriegsdienst und Evangelium

Was bedeutet der Kriegsdienst? Er bedeutet folgendes: Sobald ein junger Mensch herangewachsen und stark geworden ist und seinen Eltern beifällig sein kann, wird er in einen Aufnahmestempel geführt, man besichtigt ihn, sich zu entkleiden, man untersucht ihn, und dann besichtigt man ihm, auf Kreuz und Evangelium zu schwören, daß er in allem seinen Vorgesetzten folgen und alle diejenigen töten wird, die zu töten man ihm befiehlt. Wenn er dann diesen, sowohl der Vernunft und dem Gewissen, als auch dem Buchstaben des Gesetzes Christi gemäß dem Evangelium widersprechenden Befehl ausgeführt hat, kleidet man ihn in eine Uniform, gibt ihm ein Gewehr, unterrichtet ihn im Schießen und schießt ihn hinaus, um Menschen — seine Brüder — zu töten. Die Menschen, die er töten muß, haben ihm nichts Böses getan; er hat sie niemals gequält; aber er schießt und tötet auf sie ein, denn er hat bei dem Evangelium geschworen, es zu tun, bei demselben Evangelium, in dem gesagt ist: du sollst nicht schwören und du sollst nicht nur nicht töten, sondern deinen Bruder auch nicht zürnen.

Keinerlei Umstände können eintreten, die dazu führen, daß Wort anßört, die allergrößte und offenkundigste Verletzung des Wortes Gottes zu sein, das sowohl in allen religiösen Lehren als auch im Gewissen der Menschen seinen Ausdruck gefunden hat.

Das Verbrechen des Mordes ist immer ein Verbrechen, wer auch immer es genehmigt und welche Rechtfertigung auch dafür versucht wird, und deswegen sind Mörder, die im Kriege Mord begehen oder sich für sie vorbereiten, Verbrecher und in bezug auf sie nicht Achtung, Billigung und Bewunderung, sondern Bedauern, Besserung und Ermahnung am Platz.

Nicht am Kriege teilnehmen

Die eigentlichen Kriegsgrenzen, wie ungeheuer sie auch sind, bedeuten wenig im Vergleich mit jenem Unheil, der Verwirrung der Begriffe von Gut und Böse, die der Krieg in den Seelen einfacher, wenig denkender Menschen aus dem Arbeitsvolke anrichtet.

Der Mensch überhaupt, besonders aber der Christ, ist verpflichtet, am Kriege und an den Vorbereitungen zum Kriege nicht teilzunehmen, weder persönlich, noch mit Geld, noch durch mitführenden Betrachtungen über den Krieg.

Der Krieg — und nun beginnen Hunderte von Betrachtungen darüber, weshalb es Krieg gibt, was er bedeutet, was aus ihm wird usw. Alle sind denkende Menschen, vom Zaren bis zum letzten Soldaten. Und allen steht bevor, außer Betrachtungen darüber, was der Krieg für die ganze Welt bedeutet, noch darüber nachzudenken, wie ich, ich mich zum Kriege verhalten soll. Aber niemand stellt diese Betrachtung an. Man glaubt sogar, es sei unwichtig oder ungehörig. Aber lasse den Menschen an die Kette und fange an, ihn zu würgen, und er wird fühlen, daß für ihn wichtiger als alles sein Leben ist: und dieses Leben ist sein „Ich“. Und wenn dieses Leben, sein Ich wichtiger als alles ist, sei er nun Journalist, Zar, Offizier, Soldat, dann ist er — ein Mensch, der auf kurze Frist ins Leben getreten ist und es verlassen muß, nach dem Willen desjenigen, der ihn gefaßt hat; was also wäre für ihn wichtiger als die Frage, was er in dieser Welt tun soll? Offenbar ist dies wichtiger als alle Betrachtungen darüber, ob ein Krieg notwendig ist und wozu er führen wird. Und deshalb muß er in bezug auf den Krieg offenbar so handeln: Keinen Krieg führen und anderen nicht helfen, Krieg zu führen, wenn sie schon nicht zurückgehalten werden können.

Der gefährliche Film

Fraulein Eulalia will mit ihrem Sünder das Kino betreten. Der Mann am Eingang stellt sich ihr jedoch entgegen und erklärt, daß er zu seinem Bedauern Hunde nicht hereinlassen könne.

Die Dame ist außer sich vor Entrüstung. „Was ist das wieder für ein Unfug“, meint sie, „was kann denn der Film einem so kleinen Hunde schaden?“

Der Rechte.

Junges Mädchen (zu ihrem Begleiter): „Ich heirate nur einen Mann, bei dem ich mich sicher fühle und beschützt werde.“
„Da passen wir gut zusammen. Ich bin nämlich Beschützer und mein Vater ist Polizist.“

Unmöglich

Sie wissen bestimmt, Herr Professor, daß der Angeklagte kein Signal gegeben hat, bevor er Sie überfuhr?
„Natürlich, Herr Landgerichtsrat. Ich hörte nur rufen: „Aus'm Weg, Rindvieh!“ und das konnte ich doch unmöglich auf mich beziehen.“



Gesundheit



Krank, verbraucht, arbeitslos

Seltener mutet es an, wenn über die Beziehungen zwischen Kranksein und Arbeitslosigkeit berichtet wird und es bei den einfachen Feststellungen darüber bleibt. Die medizinischen Forscher schreiben jetzt so viel über Biologie (= die Lehre vom Leben) und über Konstitution (= Gesamteigenschaft und Gesamtanlage des Körpers oder Geistes) und berichten, daß viel für die Auffrischung der Menschen, für die Erneuerung und Festigung der Lebenskraft getan werden könne. Es wäre also durchaus am Platze, bei Berichten über die Erkrankungszahlen und die Arbeitslosigkeit zu zeigen, wie den Erkrankungen mehr als bisher vorgebeugt und die Arbeitslosigkeit stark herabgedrückt werden kann. Das vermisst man bei einem Bericht von Professor Dr. R. Lennhoff, einem sonst verdienstvollen Forscher auf dem Gebiete der sozialen Hygiene. Lennhoff führte aus, daß die höheren Altersklassen jetzt zahlreicher sind als früher. Dies sei durch die Kriegsverluste und den Ausfall von etwa 3 1/2 Millionen Geburten während des Krieges bewirkt worden. Erfreulich ist dagegen, daß sich die Sterblichkeit vermindert hat, daß also in den letzten Jahren die Menschen im Durchschnitt älter geworden sind. Die Geburten gehen zurück, die durchschnittliche Lebensdauer geht vorwärts, das ist die wichtigste Erkenntnis für die Beurteilung künftiger Lebensgestaltung.

So ermutigend aber auch die Kunde von der Erhöhung der durchschnittlichen Lebensdauer klingt, so niederdrückend wirkt die Meldung, daß im allgemeinen die fünfzigjährigen Arbeiter, wenn auch noch nicht invalide im Sinne des Gesetzes, so doch nach allgemeinen Begriffen als verbraucht anzusehen seien (nach den Untersuchungen von Dr. A. Mayer bei der Landesversicherungsanstalt). Durch eine Untersuchung an Arbeitslosen im Landkreis Köln wurden neue Angaben über diese Verhältnisse beigebracht. Der Arbeitsnachweis ließ (von Juni bis Dezember 1927) 271 Arbeitslose untersuchen, die sich geweigert hatten, die ihnen übergebenen Arbeiten zu leisten und hierfür gesundheitliche Gründe beibrachten. Bezeichnend ist das Ergebnis dieser Untersuchung: 126 waren unter 40, 107 über 50 Jahre alt. Von denen über 50 waren 37 ganz und 3 fast invalide; 11 invalide fanden sich unter dem Rest. Im ganzen waren unter den Untersuchten 121, die altersschwach waren, darunter waren auch einige Leute unter 50. Voll erwerbsfähig waren nur 59, vollständig gesund nur 31. Immerhin unter den über 60 Jahre alten waren noch 24 leidlich werbefähig.

Für die Behauptung: „Mit 50 Jahren verbraucht“ werden auch Zahlen der Ortskrankenkasse Hamburg beigebracht. Der Bericht dieser Kasse weist darauf hin, daß die über 50 Jahre alten Mitglieder an einem Stichtag 934 vH des Gesamtmitgliederstandes ausmachten. Dieser Teil der Mitglieder ist der arbeitsunfähigen Kranken. Die Krankheitstage derer von 60 bis 70 war fast viermal höher als die der Gruppe über 20 bis 50. Im gesamten heißt es: „Vom Arbeitsmarkt nur zeitweise erfaßt, pendelten die Alten zwischen Arbeitsamt und Krankenkasse.“

Hier wäre zu forschen, ob das Geschilderte ein unabwendbares Verhängnis ist oder ob es Mittel und Wege gibt, die unter und über 50 Jahre Zusammengebrochenen wieder lebensfähig zu machen. Lennhoff weist zwar darauf hin, daß er schon 1907 eine Gesundheitsfürsorge für Kinder u. a. gefordert habe, aber so bedenklich das ist, in den geschilderten Fällen heißt es, alle Hebel in Bewegung zu setzen und wieder Lebensmut und Lebenskraft in diese Menschen hineinzubringen. Gewiß ist dies nicht so einfach und es wird Zeit erfordern. Wenn man aber die neuesten Erkenntnisse und Ergründungen der Heillehre und Heilkunst anwendet, wird noch ein ganz erheblicher Teil wieder auf die Beine gebracht werden. Darin sieht Lennhoff allerdings weit: Der Anfang mit der Lebensstärkung ist schon bei Kindern zu machen; denn Vorzüge ist besser als Fürsorge. Also schon von frühester Jugend an ist für die Erhaltung der Gesundheit und Kräfte zu sorgen. Dann aber: Mancher Mensch hätte vielleicht einmal mit 30, ein anderer mit 35, ein anderer mit 40, 50 und so fort eine Ausspannung nötig und Erfrischung seiner Säfte und Kräfte. Wenn immer erst gewartet wird, bis einer „das Zipperlein“ hat oder ein merkliches Abfallen seiner Lebenskräfte entdeckt, so ist es um so schwerer, wieder gesund und lebensfähig zu werden.

Die sozialen Versicherungen müssen sich mehr und mehr zu vorbeugenden Anstalten entwickeln. Alle Angestellten und Arbeiter müssen von Zeit zu Zeit untersucht werden, denn der einzelne hat oft Anlagen zu einer Krankheit oder einem Leiden, wovon er nichts weiß. Je früher etwas dagegen getan wird, um so eher wird er richtig insstand gesetzt werden können. Mehrere tüchtige Ärzte müssen untersucht und, ähnlich wie es bei Ford ist und auch für Deutschland schon vorgeschlagen wurde: Im Krankenhaus soll der Erkrankte zuerst vom leitenden Arzt untersucht werden, dann von drei, vier oder, wenn es nötig ist, von noch mehr Ärzten. Bei Ford geschieht das ohne Rücksicht auf das Leiden, dessentwegen der Kranke ins Krankenhaus kam. Da es mehr auf das allgemeine Befinden (die Konstitution) ankommt, als auf das etwaige besondere Ubel. „Jeder Arzt nimmt eine vollständige Untersuchung vor und schickt seinen Befund schriftlich dem Chefarzt ein, ohne vorher eine Gelegenheit gehabt zu haben, mit einem der anderen untersuchenden Ärzte zu konsultieren (zu befragen oder zu beraten).“ So kommt es, daß mindestens drei, manchmal sechs oder sieben gründliche und voneinander unabhängige Diagnosen (= Erkennungen, Feststellungen) dem Krankenhausleiter zugehen. Auf diese Art soll eine möglichst zutreffende Diagnose gewahrt werden.

Man kann dagegen einwenden, daß das eine recht teure Sache sei und sich im ganzen zu fast unerschwinglichen Summen auswähle. Aber dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Vor allem kommt es doch darauf an, daß der Erkrankte möglichst bald wiederhergestellt ist und sich keine Krankheit nicht durch ungenügende Erkenntnis verschlimmert oder hingezögert. Es ist zweckmäßiger, gleich gründlicher zu untersuchen und zu möglichst früher Erkenntnis über die Krankheit und ihre Heilmittel zu kommen, als abzuwarten, dies und jenes zu probieren und dann doch andere Ärzte hinzuzuziehen. Das ist zuerst etwas unständlicher, aber viel zielsicherer, als dies heute meist der Fall ist. Im ganzen wird dies nicht mehr kosten. Jedenfalls ist ein solches Vorgehen zum Wohl der Erkrankten und viele von denen,

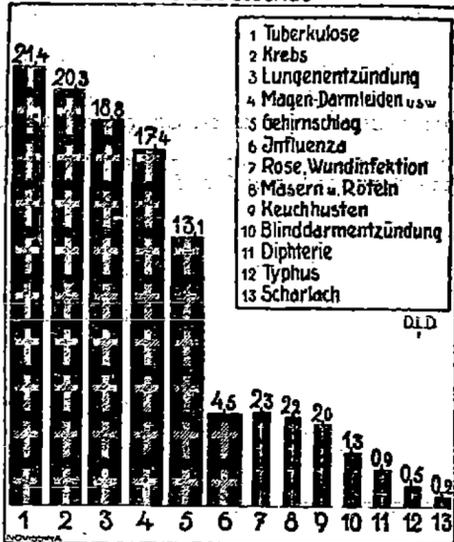
die man heute so als „verbraucht“ bezeichnet, werden eine merkwürdige Lebenskraft zeigen, wenn ihnen in der gründlichsten und umsichtigsten Weise auf die Beine geholfen wird.

Die Verbrauchten sind eine soziale und wirtschaftliche Last, nicht, wie man so häufig sagt, die sozialen Versicherungen. Nicht nachhaltig genug kann man darauf hinweisen, daß aus familiären, staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen jeder Mensch so lange als möglich arbeits- und lebensfähig sein und gemacht werden müßte, wenn er Schaden an Leib und Seele genommen hat. Es kommt einem ein wahrer Ekel an, wenn immerzu von der Wirtschaft, von der Kapitalbildung, vom Überschuß, vom Gewinn und von ähnlichem geredet wird. Gewiß, die Kapitalbildung ist wichtig für eine Volkswirtschaft. Aber wie kommt sie denn zustande? Und wie kommt sie in der wünschenswertesten Weise zustande? Doch nur dadurch, daß sie möglichst alle Volksgenossen so daran beteiligen, daß Volkswohlstand daraus hervorgeht. Gesundheit und Wohlergehen an Leib und Seele ist das Erste. Nur wer gesund, lebensfähig, geschult und berufsgeschickt ist, zählt zu den wünschenswertesten Volksgenossen, denn er kann auch das Wünschenswerte leisten, Volkswohlstand herbeiführen.

Unter Hygiene verstehen wir Gesundheitslehre, Gesundheitspflege. Wohlberstand: nicht Krankenpflege, sondern Pflege der Gesundheit, in so umfassender Weise den Menschen stärken, daß er etwaigen unvermeidlichen Angriffen auf seine Gesundheit gewachsen ist. Der einzelne muß gelehrt werden, was er selber hierzu tun kann. Das ist soziale Hygiene. Im Essen, in der Kleidung, in der Wohnung, im Verkehrsleben, während der Arbeit, in Vergnügungsorten, bei Versammlungen in geschlossenen Räumen ist soziale Hygiene nötig. Arbeitslosigkeit und Kranksein hängen eng zusammen. Wenn die Menschen ganz allgemein gesünder sind, können sie mehr und besser denken, für mehr und bessere Arbeitsgelegenheiten sorgen. Freiere, gesündere und lebensfrohere Menschen schaffen bessere wirtschaftliche und soziale Verhältnisse.

Woran stirbt man?

Stirbepfälle 1925 in Deutschland auf je 10 000 Lebende



Nur verhältnismäßig wenige Leute sterben infolge von Altersschwäche. In Deutschland waren es 1925 von je 10 000 Lebenden 10,8 Männer und 14,6 Frauen, während insgesamt auf je 10 000 Lebende 124,2 männliche und 114,8 weibliche Sterbefälle kamen. Die meisten Opfer fordern immer noch Tuberkulose und Krebs.

Die gewerbliche Lärmschwerhörigkeit und ihre Bekämpfung

Es gibt nur wenige Industriezweige, in denen die Arbeit ohne Geräusch vor sich geht, dagegen viele, die mit so großem Lärm verknüpft sind, daß das Gehör der Arbeiter darunter leidet. Trotzdem zeigen sich nicht bei allen, sogenannten Lärmarbeitern Gehörstörungen. Manche Menschen besitzen ein so widerstandsfähiges Gehörorgan, daß sie lange Zeit in einem sehr lauten Betrieb arbeiten können, ohne daß sich Ohrbeschwerden einstellen oder ein Nachlassen des Gehörs eintritt. Aber der Lärm derart widerstandsfähiger Arbeiter ist nicht groß. Nach neueren Untersuchungen sind beispielsweise in der Kesselmacherei 72 vH der Beschäftigten als ohrgeschädigt zu bezeichnen; ähnlich liegen auch die Verhältnisse in verschiedenen anderen Berufszweigen.

Durch die jüngsten Untersuchungen auf diesem Gebiete ist einwandfrei festgestellt worden, daß in den Lärmbetrieben die Abnahme des Gehörs in einem geraden Verhältnis zu der Anzahl der Arbeitsjahre steht. Diese Gehörabnahme braucht dem beteiligten Arbeiter nicht immer bekannt zu sein. Wie sich die Lärmschwerhörigkeit jedoch auswirkt, dafür zwei Beispiele. Ein fünfzigjähriger Kesselmacher mit 30 Arbeitsjahren wird vom Ohrenarzt untersucht; er versteht eine mittlere Unterhaltungstimme auf ungefähr 3 Meter, gestärkte Worte dicht vor dem Ohr. Unterzucht man ihn mit Stimmgabeln, so hört er ganz helle Töne zum Teil gar nicht mehr, zum Teil nicht deutlich. Für einen Mann, der im Lärmbetrieb alt und grau geworden ist, darunter jedoch nicht so gelitten hat, daß sein Leben dadurch sonderlich beeinträchtigt würde, spielt dieser Untersuchungsbefund fraglos keine besondere Rolle. Finden wir aber bei einem zwanzigjährigen, der erst zwei Jahre im Lärmbetrieb arbeitet und der laute Stimme wie ein Normaler, gestärkte Worte auf 5 bis 6 Meter versteht, hohe Töne in so jugendlichem Alter und bei so kurzer Beschäftigungsdauer jedoch nicht mehr aufnimmt, so läßt sich hier mit Bestimmtheit voraussagen, daß er schneller als der Fünfzigjährige schwerhörig werden und wahrscheinlich in dessen Alter ganzlich erblinde sein wird. Neben der Schwerhörigkeit stellen sich bei manchen Lärmarbeitern aber auch noch sonstige Beschwerden, wie Ohrenschmerzen, Kopfschmerz und Schwindel ein. Die Fälle sind nicht selten, daß in Betrieben Schwerhörige entlassen werden müssen, weil die Betriebsführung durch sie leidet. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß ein Berufswechsel für den Schwerhörigen ganz besonders schwierig ist.

Wenn die Bekämpfung der Lärmschwerhörigkeit auch erst in den Anfängen steht, so haben die letzten Jahre auf diesem Gebiete doch einige beachtliche Fortschritte gebracht. Um die Stärke des Lärms messen zu können, hat Professor Barthausen, Dresden, einen Geräuschmesser erfunden. Mit Hilfe dieses Instrumentes ist es heute möglich, die Betriebe nach der Stärke des Arbeitslärms zu gliedern und abzustufen. Sehr lehrreiche Untersuchungen hat weiterhin Sanitätsrat Dr. Pehjer, Berlin, unternommen. An Hand eines sein erdachten neuen Verfahrens hat Dr. Pehjer in Gemeinschaft mit dem Ingenieur Gebhardt geprüft, wie weit man durch Verstopfung des Ohres mit Watte, Wachs und anderen Mitteln den Lärmeindruck vermindern kann. Professor Barthausen mißt nämlich an seinem Apparat mit einem Hörmaß, das er Phon nennt. In der Kesselmacherei hat Professor Barthausen beispielsweise eine Lärmstärke von 13 bis 15 Phon gemessen. Durch Watte allein kann man, wie die Pehjerschen Versuche ergeben haben, den Lärm nur um ein Phon herabsetzen, durch eingefettete Gaze um bis zu 3 Phon um.

Aufbauend auf diese Untersuchungen hat nunmehr die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene einen Ausschuß zur Bekämpfung gewerblicher Lärmschwerhörigkeit gegründet, dessen Vorarbeiten demnächst beendet sein werden. Der Ausschuß beabsichtigt die Herausgabe eines Merkblattes für lärmgeschädigte Arbeiter und weiterhin die Abhaltung von Vortragsvorlesungen für Betriebsärzte, Ingenieure, Werkleiter, Gewerbeaufsichtsbeamte, Betriebsräte usw. Neben geeigneten Vorbeugungsmaßnahmen für den Menschen ist auch die Vornahme von Untersuchungen beabsichtigt, um durch Dämpfungs- und Isolierungsmaßnahmen den Betriebslärm selbst wirksam zu bekämpfen.

Dr. K o l a n d S c h u p p.

Das Salz im Haushalte des Körpers

Das Leben aller Erdgeschöpfe ist eine fortwauernde chemische Umwandlung. Der wichtigste Stoff sind die Salze. Alle Lebewesen, mögen sie nun Pflanze, Tier oder Mensch heißen, unterscheiden sich durch alle nur denkbaren Verschieblichkeiten im Aufbau, wie in der Organisation ihrer körperlichen und geistigen Kräfte. Allen jedoch ist die stets wiederkehrende Vereinerung der vier Meeressalze: Natrium, Magnesium, Kalium und Kalzium als Ausdruck einer bedingungslosen Notwendigkeit gemeinsam.

Von den vier Meeressalzen ist es besonders das Kochsalz (Chlor-natrium), das in den Steinsalzlagern des Erdballes und in den Meeren in ungeheurer Menge vorkommt. Es ist das einzige Mineral, das wir in reiner Salzform einnehmen. Ohne unser Kochsalz ist das Leben eines Menschen unentbehrlich. Der Salzgehalt des Menschen ist darin begründet, daß seine Urformen im Meerwasser lebten. Und wie diese Urformen des Menschen ihr Lebenselement im Meerwasser fanden, so zieht es heute noch deren Nachkommen mit unwiderstehlicher Gewalt nach dem Hauptinhalte des Meerwassers und seinen Ablagerungen hin, zum Chlor-natrium, zum Kochsalz. Es ist das belebende Element in unserem Körperhaushalte und wird als elektrische Lösung (Elektrolyt) bezeichnet. Ein Beweis dürfen die Ergiegungen von Kochsalzblutungen in den Körper sein. Die erwidern in sauberer Weise bei erschöpften oder verblutenden Menschen die Lebensgeister. Legt man den Muskel eines toten Frosches in Salzwasser, dann beginnt er wieder zu zucken. Entzieht man einem Menschen oder Tiere das Salz, so müssen beide sterben. Woran liegt das?

Menschen und Tiere stellen in ihrem Zellenaufbau Eiweißverbindungen dar. Alle Eiweißverbindungen enthalten Schwefel, der sich bei der Verdauung als Schwefelsäure abspaltet. Um diese ungeschädlich zu machen, benutzt der Körper das Natrium des Kochsalzes und bindet die Schwefelsäure. Es bleibt demnach das Chlor übrig. Letzteres ist ein äußerst gefährlicher Stoff. Es zerfrisst die Wände und würde auch die Magenwände durchdringen. Um dieses Chlor ungeschädlich zu machen, eilt aus dem Körperhaushalte Wasserstoff hinzu und bindet dieses Chlor zu Chlorwasserstoff, die Salzsäure. Ohne Salzsäure ist keine Verdauung denkbar. Soll eine normale Verdauung der Speisen stattfinden, dann muß der Mageninhalt 0,2 vH Salzsäure aufweisen. Der Mangel an solcher macht sich als Appetitlosigkeit bemerkbar. Da sich in den Körperflüssigkeiten der Tiere mehr Natrium befindet als in den Pflanzen, macht sich beim Pflanzenesser (Vegetarier) ein größerer Salzgehalt bemerkbar als beim Fleischesser. Auch auf die Fruchtbarkeit hat der erhöhte Salzgehalt einen Einfluß, weshalb bei den Naturvölkern das Salz im Mittelpunkt des Geschlechtslebens steht. In Rom hieß ein verliebter Salzgänger der Gefasene und von der Köchin, welche die Suppe versalzen hat, sagen wir, sie sei verliebt.

Auch sonst in der Welt- und Naturgeschichte spielt das Salz eine hervorragende Rolle. Im Mittelalter war es ein Zahlungsmittel. Die römischen Soldaten erhielten ihren Lohn in Form von Salz, den Solb, woraus das Wort Soldat oder Soldat entstanden ist. Früher bezeichnete man die Entlohnung als Salär (Salzlohn). In Italien nannte man die Salzmünze Solbi. In Deutschland den Heller, später den Pfennig, von dem altdeutschen Stamme der Gall = Salz herkommend.

Die größten Salzlager Deutschlands befinden sich bei der Stadt der Salzieder, der Halloten, bei Halle an der Saale, dem Salzflusse. Bei vielen religiösen Zeremonien gilt das Salz als Zeichen der Reinheit, der Unsterblichkeit. Das Salz gibt man als Hochzeitsgabe und der Volksmund sagt: Salz und Brot macht Wangen rot. Die Neugeborenen werden in ihrem Steinsalze wie die unjungen an ihren Zuckerkastangen, und im Weltkriege konnte man bei den vom Handel abgegrenzten Völkern für eine Tüte Salz einen Korb Eier oder ein Kalb bekommen.

Aus alledem ersieht man, welche außerordentliche Bedeutung das Salz im Haushalte der Völker und der Menschen darstellt. So wie der Vogel, welcher sich in der Äther emporschwingt, immer wieder zur Erde zurückkehren muß, so muß auch der Mensch, möge er den Reichthum der Welt besitzen oder auch der Armut tragen, immer wieder zur ewigen Mutter Meer wandern, dem er vor Jahr-millionen emstiegen ist, um seinem Körper das Lebenselement Salz zuzuführen, ohne dem seine Lebenserscheinungen unmöglich sind.

R u r t B e r n d t.

Schloß Freuden'hal

Im schönen Schwabenlande steht ein Schloß, Freuden'hal genannt. Als ein Haus der Freuden wurde es vor 200 Jahren erbaut von einer Gräfin v. Würben, der berühmten Kurtisane des Herzogs Eberhard Ludwig, der „deutschen Bombardur“, die nach der Ansicht der Zeitgenossen, dem Lande mehr Schwaben zugefügt, als alle die früheren feindlichen Einfälle. Die Freuden der einen, das äppige Wohlleben einer kleinen Herrscherfamilie bedeuteten Plagen und Leiden für die vielen, vor allem für die schwerarbeitenden Bauern, deren Felder zerstört wurden von den herrschaftlichen Jagden.

200 Jahre später. Das Haus der Freuden steht auch heute noch. Aber die neuen Schloßbewohner genießen die Schönheit der Natur, ohne die Arbeit ihrer Mitmenschen leichtfertig zu zerstören. Denn sie sind selbst Arbeiter, Männer und Frauen, denen nach rüstiger Tätigkeit in Fabrik und Büro wenige Wochen der Erholung für ihren durch Krankheit geschwächten Körper vergönnt sind. Schloß Freuden'hal ist zum Erholungshaus der Stuttgarter Krankenkassen umgewandelt worden. Ist unter Jahrhundert mit seinen sozialen Einrichtungen wirklich soviel schlechter als die gute alte Zeit?



Verbandsleben



Dein Arbeitstag

Früh um Fünfe: Missetat!
Und die Weckuhr sagt: Krissi—krissi!

Uhre acht. Der Sonnenschein
Will mit uns beim Werke sein.

Mittag. Zehn Minuten lang
Streck' du dich auf harter Bank.

Nachmittags. Die Arme zittern.
Gröllt der Himmel vom Gewitter?

Feierabend. Runderlauf.
Hauchst die Pfeife. Und dann Schlupf.

Und du träumst dann wohl die Nacht,
Wie „Gott“ die Welt „so schön“ gemacht.

Oder auch, bei Mondenschein,
Stürzt die ganze „Ordnung“ ein.

Und du haust, für Sternengeld,
Mit an einer besseren Welt! May D o r t u.

Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Bremen. Durch Vereinbarung wurden die Löhne für die Elektriker und für die in den Installationsbetrieben beschäftigten Metallarbeiter ab 1. Oktober um 5 % und ab 1. April 1929 um weitere 5 % erhöht. Ebenso erfolgte eine Aufbesserung der Zulage für die Spitzarbeiter. Der Spitzlohn beträgt vom 1. Oktober 1928 an 1,26 und ab 1. April 1929 1,30 M.

Hamburg. Für die Starkstromelektriker wurde neben einer Verbesserung der Urlaubsbestimmung Erhöhung der Auslösung und Besserbezahlung der Überstunden von 8 % in der Spitze erzielt.

Kemmer. Die Löhne der Klempner erhöhen sich infolge Neuregelung von 82 auf 87 % für Gesellen bis zu 20 Jahren, von 20 bis 23 Jahren von 1 M auf 1,04 M, über 23 Jahre von 1,12 auf 1,16 M. Das Abkommen gilt bis zum 30. April 1929.

Bei den Lohnverhandlungen der oberpfälzer Hüttenwerke wurde folgendes erreicht: Die Höchstaltersgrenze in der Lohnstufe wurde von 25 auf 24 Jahre herabgesetzt, der Lohn für den Facharbeiter (ohne Facharbeiterzulage) von 65 auf 70 % erhöht, die an- und ungelerneten Arbeiter erhielten eine Zulage von 4 % die Stunde. Die Lohnherabsetzung tritt rückwirkend ab 17. September d. J. in Kraft. Neben einer Verkürzung der Arbeitszeit finden Anschläge für Mehrarbeit in Höhe von 5 % statt.

Kampf den Überstunden

Die Zahl der Arbeitslosen steigt wieder. Gerade zu der Zeit, wo das Leben am teuersten ist, wo für Heizung, Kartofohlen und warme Kleidung gesorgt werden muß, ist eine Unmenge von tüchtigen Arbeitsträgern der Arbeitslosigkeit preisgegeben. Obwohl man vielerorts versucht, das Elend durch Notstandsarbeiten zu mildern, merkt man nicht viel davon. Es sind immer noch viele Tausende, die Tag für Tag ein und denselben Weg nach dem Arbeitsnachweis vergeblich zurücklegen in der Hoffnung, Beschäftigung zu bekommen.

Angesichts dieses schrecklichen Zustandes kommt man unwillkürlich dazu, sich zu fragen, ob denn keine Änderung möglich ist. In der völligen Unterbindung der Arbeitslosigkeit ist in der kapitalistischen Gesellschaft natürlich nicht zu denken. Wohl aber ist eine Milderung möglich, und zwar durch die Arbeiterklasse selbst. Vor allem müßte sie gegen die Überstundenfrage vorgehen. Es gibt Betriebe, wo noch immer 54 bis 60 Stunden geschuftet wird und wo einzelne Kollegen gar noch länger schufteten. Obwohl der Tarif weniger Stunden vorsieht, werden Überstunden gar oft mit Vorliebe gemacht. Jeder gibt es auch noch Betriebsverrichtungen, die sich in solchen Fällen nicht getrauen, das zu tun, was ihre Pflicht ist. Dann scheint immer mehr zur üblen Gewohnheit zu werden, die durch ungewöhnliche Umstände verloren gegangene Arbeitszeit nach Wegwendung der normalen Arbeitszeit wieder nachzuholen. Auch das ist meiner Meinung nach zu verwerfen, weil dadurch ein Teil der Freizeit, die jedem Arbeiter zusteht, verloren geht.

Doch das schlimmste sind die Überstunden, und dies insofern, als die Kollegen, die sie machen, sich selten bezahlt werden, wie gering ihre Arbeitskraft bezahlt wird. Verdient nun ein Kollege bei 60-stündiger Arbeitszeit 58 bis 62 M in Akkord, so meint er, er hätte gut verdient. Rechnet er aber Überstunden und Prozente ab, so wird er eine andere Meinung von seinem Verdienst bekommen. Würden sich die Kollegen das mal genau überlegen und dann nur noch die Überstunden machen, die der Unternehmer laut Tarif ohne Zustimmung der Betriebsvertretung arbeiten lassen kann, so wäre der Betrieb gezwungen, mehr Leute einzustellen oder er müßte sich mit dem zufrieden geben, was in dieser Zeit produziert wird. Da aber jeder Fabrikant aus seinem Unternehmen an Profit herausziehen will, was eben geht, so wird er wohl oder übel zur Mehrleistung gezwungen. Dadurch würde mancher Kollege Beschäftigung bekommen und dafür bezahlt bleiben, jeßame Beträugungen über die wirtschaftliche Einsicht und die proletarische Solidarität der Arbeiter anzustellen.

Je ärger der Arbeiter dem Elend überantwortet ist, desto schwerer ist er für die gewerkschaftliche Tätigkeit zu gewinnen. Deshalb müßte ich nochmals sagen, lehnt die Überstunden ab, wenn es aber nicht ganz möglich sein sollte, dann sie wenigstens auf das allermäßigste verringern. Es ist nun eurer selbst und der Kollegen auf der Straße willen.

Die Werbekraft des Films

Obwohl das, was die folgende Zuschrift behandelt, zum Teil erfüllt oder im Entstehen ist, geben wir sie dennoch wieder, um die Aufmerksamkeit noch mehr auf diese Sache zu lenken. Schriftleitung.

Bei der Erneuerung der gewerkschaftlichen Werbekraft wird das wichtigste Werkzeug, der Film, noch viel zu wenig in den Vordergrund gestellt. Ich habe bei den letzten Wahlen mit dem Film allerlei Erfahrungen gemacht. Überall dort, wo eine Filmvermittlung stattfand, gelang es immer, den Saal voll zu bekommen. Während der ganzen Sesselsitz habe ich nicht ein einziges Mal ein leeres Haus gehabt. Wie ist nun aber der Film für unsere Verbände auszunutzen? Wohl sind in einigen Bezirken unseres Verbandes schon Versuche gemacht worden. Um aber zu größerem Erfolg zu kommen, müßten diese Filmvorführungen im ganzen Reich einheitlich durchgeführt werden. Nicht die einzelnen Bezirke, sondern eine Centrale müßte alle diese Dinge regeln. Die Arbeit dieser Centrale müßte, grob umrissen, etwa folgende sein:

1. Auswahl und Überwachung der Vorführungsapparate, 2. Einstellung und Anstellung der Vorführer, 3. Auswahl der Filme, 4. Einweisung der Reichsorgane auf die einzelnen Bezirke, 5. Annehmen des von den Verbänden (Verbandsräte, Jugendräte usw.) zu den Vorführungen selbst. Wie gesagt, sollen sie vornehmlich bei den unterhaltenden sein. Angenommen, man wolle eine Mitgliederwerbung durch eine solche Vorführung betreiben, dann müßten vor allem die Frauen der Mitglieder mit eingeladen werden. Sie würden durch diese Art von Veranstaltungen mit unserem Verbandlichen Werkzeuge gewandt werden und wir könnten in vielen Dingen mit ihrer Unterstützung rechnen. Das Programm einer demartigen Veranstaltung sollte ungefähr so sein:

1. Einleitende Worte mit anschließender Vorführung eines kurzen gewerkschaftlichen, lehrreichen oder gewissenshaftigen Filmes.
2. Verbandsangelegenheiten. Bei Verbandsveranstaltungen eines laufenden Quartals.
3. Zum Schluß eines kurzen unterhaltenden Filmes.

Eine solche Veranstaltung würde im Durchschnitt 2 1/2 Stunden dauern und bestimmt gut besucht werden. Wenn man dies vor allem in kleineren Arbeitsverhältnissen drei- oder viermal im Jahre handhabt, wäre für alle Verbandsorgane ein guter Beitrag zu erwarten und nur könnten einen guten Werbeerfolg haben. Nicht leicht wäre es in solchen Orten reine Filmveranstaltungen möglich. Durch Erhebung eines angemessenen Eintrittsgeldes könnten die Kosten zum Teil auch für andere Veranstaltungen aufgebracht werden. Um an die Ferngehenden heranzukommen und um unsere Mitglieder zu isolieren und sie noch fester zu den Verbänden zu fesseln, müssen wir uns auch des wertvollen Werkzeugs, des Filmes bedienen. Auch bei Schulungen, Parteiveranstaltungen, des Filmes konnte der Film mitwirken. Das Bild heißt aber als das Wort.

Wünsche und Klagen über unsere Presse

Mit dem, was Kollege E. K., Kiel, in Nr. 38 der MZ sagt, bin ich ganz einverstanden. Auch ich erwarte, daß durch den Wegfall der Injerale, die in allen untern Fachblättern ein Abseits sind, unsere Metallarbeiter-Zeitung noch besser ausgebaut wird. Das Fehlen des Arbeitsrechts- und Arbeitsgerichtsweßens ist wohl allen Funktionären aufgefallen. Ich persönlich habe die Schuld immer dem Raummangel zugeschoben. Da nun aber der Verbandstag endlich mit den Injeraten aufgeräumt hat, dürfte auch für die Schriftleitung mehr Raum vorhanden sein. Es erscheint mir angebracht, die Zeitung auf sozialem Gebiet überhaupt mehr auszubauen, da diese für die größte Zahl der Kollegen die einzige geistige Quelle darstellt. Die vielen solchen Auffassungen und Darstellungen gerade auf sozialpolitischem Gebiete beweisen es täglich, daß mehr Aufmerksamkeit nötig ist. Der Kollege K., Kiel, streift auch die Betriebsratszeitung. Aber es ist doch nur ein kleiner Teil der Kollegenschaft, der sie erhält. Mein Bestreben war es immer, die MZ zu erhalten; aber da ich nicht in einem Betriebsrat bin, steht sie mir nicht zu. Ich bin der Meinung, daß sie allen Funktionären zugänglich gemacht werden müßte. (Nur an die Krisenverwaltung wenden, die die MZ wohl zugänglich machen wird. Schriftl.)

Als ein besonderer Abseits muß bezeichnet werden, daß hier in Norddeutschland die Metallarbeiter-Zeitung immer erst acht Tage nach der datierten Fälligkeit in die Hände der Mitglieder kommt. Es müßte dem Verlag möglich sein, die MZ so zeitig abzugeben, daß diese vom Freitag bis Sonntag in den Händen der örtlichen Verwaltung ist und so den Mitgliedern rechtzeitig zugestellt werden kann. Soll die MZ ihren Zweck als geistiges Hilfsmittel noch mehr erfüllen, dann muß sie auch immer rechtzeitig vorhanden sein. Hoffentlich genügt diese kleine Anregung, um unser geistiges Hilfsmittel noch besser auszubauen. E. W., Schwerin.

Wie es gemacht wird

Um die Löhne zu drücken, ist man vor keinem Mittel zurück, wie folgendes Vorkommnis beweist:

Die Lippische Fahrradindustrie AG. in Horn (Sippe) untersteht dem Tarifvertrag für die Lippische Metallindustrie. Man versuchte dort immer die Löhne zu drücken. Als das nicht möglich war, ging man dazu über und legte den Betrieb teilweise still, darunter die Schleiferei. Wahrscheinlich auch aus dem Grunde, um den Betriebsratsvorsitzenden loszumachen. Die Firma vergab nun die Arbeiten an auswärtige Firmen, unter anderem an die Firma Schierenbed in Schörm (Sippe). Laut Tarif wurde in Horn für 100 Fahrradhörbela zu imitieren 785 M bezahlt. Die Firma Schierenbed in Schörm zahlte aber nur 550 M; dabei waren es noch ungeprüfte Arbeitskräfte, die zu bearbeiten waren. Bei dieser Arbeit kamen die Schleiferei auf höchstens 60 % Stundenlohn. In der letzten Woche haben zwei Schleifer in fünf Tagen bei diesen Akkordlöhnen nur 18 M verdienen können. Als die Arbeiter den Tariflohn verlangten, sagte Herr Schierenbed, darauf könne er sich nicht einlassen, entweder müßten sie für diesen Preis arbeiten oder sonst könnten sie gehen. Der Herr Schierenbed war dann auch noch so bescheiden, auf den Entlassungsantrag als Grund der Entlassung „Arbeitsverweigerung“ zu schreiben, damit den Leuten Schwierigkeiten vom Arbeitsamt im Bezug ihrer Unterstützung gemacht werden konnten.

Der Betrieb Schierenbed in Schörm ist auch derartig, daß schwere Gewandheitsfragen für die Schleifer bestehen. Wir möchten das Gewerbeamt ersuchen, solche Betriebe einmal einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Wir warnen aber alle unsere Kollegen, auf Arbeitsangebote bei dieser Firma Arbeit anzunehmen.

Rückkehr zum Achtstundentag bei den Marinebetrieben

Mit der Tarifbewegung bei den Sechiffswerften lief eine Bewegung parallel für die Marineverft Wilhelmshafen und das Marinearsenal in Kiel. Am 10. Oktober 1928 wurde zwischen dem Chef der Marineleitung (allgemeines Marineamt Berlin) und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Bezirksleitung Hamburg, letztere namens der am Tarifvertrag der Marinebetriebe beteiligten Gewerkschaften, ein Abkommen über Neuregelung der Arbeitszeit abgeschlossen. Danach wird mit Wirkung ab 15. Oktober 1928 die Arbeitszeit von 52 auf 50 Stunden die Woche herabgesetzt und für die anschließenden Stunden der Lohnausgleich gewährt. Vom 1. April 1929 an wird die Arbeitszeit auf 48 Stunden die Woche ermäßigt unter entsprechender Umrechnung der Stundenlöhne.

Sprache

Bekanntlich ist es im Sommer wärmer als im Winter. Das ist zwar nicht zu bestreiten; wenn aber etwas allgemein bekannt ist, dann braucht es uns nicht noch besonders gesagt zu werden. Trotzdem begegnen wir dem Herrn Bellanitz auf Schritt und Tritt. Wir treffen ihn auch oft da, wo wir ihn gar nicht erwarten, und da wird er uns lässig und unangenehm. Er hat die gewöhnliche Polizei einzige Frage an der Kartellfahrt teilhaben lassen. Wer nicht fröhler ist, dem wird diese Lausche wohl kaum bekanntgemacht sein. Die Erde ist bekanntlich 1 21 000 mal kleiner und 319 000 mal leichter als die Sonne. Wenn ich das wieder einmal lesen sollte, so werde ich es wohl längst wieder vergessen haben. Die Elisabeth Stangiers wurde bekanntlich in den Morgenstunden des 25. Januar 1925 (also vor drei Jahren!) in einem Gebirge von einem Gewitterstrom totes aufgefunden. Du lieber Gott! Hat der Mann ein Gedächtnis und wie schlecht ist es um das Wort bestellt! Ob meine Unwissenheit oder Bergeshöhe ist mir ich ganz gleichgültig in meines Nichts durchschreibendem Gesichte. Was der Schreiber für ein schändliches Wesen mit der Vorführung des Herrn Bellanitz betreiben? Oder was bedeutet er sonst damit? Reizens gar nicht. (Deutscher Sprachpreis.)

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-U. 62441, 62442, 62443

Mit Sonntag dem 28. Okt. ist der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Oktober bis 3. November 1928 fällig!

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandstatuts folgenden Verwaltung: in der angegebenen Höhe genehmigt

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn d. Beitrags-erhebung
	I	II	III	IV	
Zukunftswahl	20	20	10	10	45. Nov.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat die Entziehung statutorischer Rechte zur Folge.

Für den Bezirk Breslau wird zum baldigen Antritt ein Bezirkssekretär für Oberschlesien mit dem Sitz in Hindenburg (Zaborze)

gesucht, der mit den Einrichtungen und der Verhandlungstechnik unseres Verbandes vollständig vertraut ist, rednerische Fähigkeit besitzt und eine mindestens jährige Mitgliedschaft im DMV und Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nachweisen kann. Römische Sprachkenntnisse für erwünscht. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit den erforderlichen Angaben über die bisherige Tätigkeit sind bis zum 5. November 1928 mit der Aufschrift: „Bewerbung Bezirkssekretär Breslau-Oberschlesien“ an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Klotzstr. 16, einzusenden.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des § 81 des Verbandstatuts. Das Gehaltsverhältnis regelt sich nach den Beschlüssen des 18. Verbandstags in Karlsruhe und den Beschlüssen von Vorstand und Ausschuss.

Für den Bezirk Frankfurt a. M. wird zum baldigen Antritt ein Bezirkssekretär

gesucht, der mit den Einrichtungen und der Verhandlungstechnik unseres Verbandes vollständig vertraut ist, rednerische Fähigkeit besitzt und eine mindestens fünfjährige Mitgliedschaft im DMV und Tätigkeit in der Arbeiterbewegung nachweisen kann. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit den erforderlichen Angaben über die bisherige Tätigkeit und bis zum 5. November 1928 mit der Aufschrift: „Bewerbung Bezirkssekretär Frankfurt a. M.“ an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Klotzstr. 16, einzusenden.

Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des § 81 des Verbandstatuts. Das Gehaltsverhältnis regelt sich nach den Beschlüssen des 18. Verbandstags in Karlsruhe und den Beschlüssen von Vorstand und Ausschuss.

Stuttgart, Klotzstraße 16. Der Vorstandsmitglied

Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzuhalten:

von Drechern und Säckern nach Graz (Andrieger Maschinenfabrik A.-G.) D.;
von Werkschreibern und Justizbeamten nach Holland St.;
von Werkschreibern nach allen Werkstätten im Nord- und Ostseegebiet St.

A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Auslieferung. Arbeitssuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Erlaubigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzubringen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abgehempelt zu lassen.

Schriftenschau

Wismars und Lassalles Briefwechsel, seit Jahrzehnten verloren geglaubt, ist ausgetaucht und tritt hier zum erstenmal an die Öffentlichkeit. Zum erstenmal durchdringt so das Tageslicht der historischen Erkenntnis das dicke Gestrüpp der Legende, das sich um die vielumstrittenen Beziehungen zwischen dem großen Staatsmann und dem großen Agitator gelegt hatte. Eine historische Einführung von Professor Gustav Mayer, dem Herausgeber des Lassalleschen Nachlasses, zeichnet die Beziehungen des großen konservativen Rechtsbauers und des Begründers der Sozialdemokratischen Partei, so wie sie sich nimmend nach Erlichung der Quellen darstellen. Verlag J. F. W. Dieck Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

„Konjunktur, Arbeiterklasse und sozialistische Wirtschaftspolitik“ von Fritz Raphael. Schriftenreihe der Freien Sozialistischen Hochschule. Verlag J. F. W. Dieck Nachf., Berlin. 1928. 32 Seiten. Preis 50 Pf. Im Augenblick verstärkter Einflussnahme der Sozialdemokratie auf die gesamte innere Politik erscheint es außerordentlich wichtig, ihre Stellung zu den grundlegenden Fragen der Wirtschaftspolitik kennen zu lernen. Einen wichtigen Beitrag zur Klärung dieser Frage liefert der bekannte sozialistische Wirtschaftspolitiker Fritz Raphael in seiner neuen erschienenen kleinen Schrift, die vom Reichsausschuss für sozialistische Bildungsbearbeitung herausgegeben wird.

Der Straßenspektakel. Von Kurt Hiller. Eine Schrift im Kampfe gegen Justizunrecht. Band 2 der Kampfschriften zur Umwälzung des Geistes. Element-Verlag, Berlin NW 18, Randsbergerstr. 93.

Kommt die Eiszeit wieder? Aber diese wichtige Frage gibt der erste Artikel des Septemberheftes der „Urania“, Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Weltanschauung von A. F. Franck Aufklärung, dem als letzte Buchausgabe des 4. Jahrganges das ausgezeichnete Werk von Helmut Wagner „Geschicht und Gesellschaft“ beifügt. Außerst wertvolle Mitteilungen enthalten die Rubriken „Aus Erziehung und Schule“ und „Allerlei Wissenswertes“. Das Heftblatt „Soziales Wandern“ bringt diesmal über die Glasindustrie im Thüringer Wald und das andere Glas- und Glasindustrie in Frankreich, im Heftblatt „Der Leib“ zeigt der bestens bekannte Dr. med. Franz von Sigmund in einem sehr anschaulichen Artikel Sport für Nichtsportler. Kurt Eisners Beitrag der Föhrer bezieht sich auf die Nummer liegt als letzte des 4. Jahrganges auch dessen Inhaltsverzeichnis bei. Auf Verlangen stellt die Urania-Verlags-Gesellschaft: a. b. H. in Jena jederzeit vollständig kostenlos Probehefte zur Verfügung.

Die Rast für Fahrt und Flug, eine allgemeiner verständliche Einführung in das Rastetenproblem von A. R. Scherff. Verlag C. F. E. Boldmann Nachf. G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 7. Kart. 1.50 M. in Leinen geb. 6. M. Dem Verfasser ist es gelungen unter weitgehender Ausschaltung marxistischer Ableitungen, unterstützt durch zahlreiche wohlgezielte Strichzeichnungen die Rastetenkenntnis und die Rastetenfrage darzustellen.

Die Höhe des Reallohnes

Das Statistische Reichsamt gibt allmonatlich die Höhe der Lebenshaltungskosten bekannt, die aber ungenau sind, weil sie nicht alle notwendigen Ausgaben erfassen. Es fehlen darin wichtige Posten, wie Steuern, Versicherungsbeiträge und anderes. Ferner ist der Lebenshaltungsindex auf die künftigen Bedürfnisse eingestellt. Würde der Lebenshaltungsindex vollständig sein, so könnte man einen Maßstab des Reallohns errechnen, wenn man ihn mit den tatsächlich gezahlten Löhnen in ein Verhältnis bringt. Auch der so errechnete Index würde natürlich nicht für alle Lohn- und Gehaltsempfänger passen, aber doch wenigstens eine Grundlage bieten.

Maßgebend ist vor allem die zur Fristung des Lebensunterhalts verausgabte Arbeitskraft oder die dafür geleisteten Arbeitsstunden. Eine Berechnung hierüber anzustellen, ist sehr schwer, weil die Unterlagen zum größten Teil mangelhaft sind. Der allergrößte Teil des Arbeitseinkommens wird für Lebensmittel ausgegeben. Doch spielen die Aufwendungen für Wohnung, Kleidung usw. eine nicht geringe Rolle. Wir haben unten den Versuch gemacht, bezüglich dieses Teiles der notwendigen Ausgaben einen Vergleich mit dem Einkommen zu ziehen. Zur Unterlage wurden die Mitteilungen des Statistischen Landesamtes Hamburg genommen. Dieses Amt gibt in der Monatschrift „Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“ laufend die Kleinhandelspreise und die Tariflöhne der wichtigsten Berufsgruppen bekannt. Wir haben aus diesen Mitteilungen einiges herausgegriffen und die Zahl der Arbeitsstunden berechnet, die geleistet werden müssen, um die Wohnungsmiete zu bezahlen oder die betreffenden Kleidungsstücke zu erwerben. Die jeweiligen Tariflöhne der angeführten Arbeitergruppen sind aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich. Zu bemerken ist, daß wir bei der Gruppe Maurer und Zimmerer den Durchschnitt genommen haben. Bei den ungelerten Arbeitern handelt es sich um solche auf Seeschiffen.

Datum	Schlosser	Maurer u. Zimmerer	Herrenschneider	Ungelernte Arbeiter
1914 1. Juli	0,75	0,90	0,65	0,56
1927 20. April	1,05	1,36	1,05	0,64
1928 15. August	1,22	1,45	1,15	0,72

Die nun folgende Zusammenstellung gibt Aufschluß über die Preise zu den angegebenen Terminen. Es braucht nicht weiter gesagt zu werden, daß es sich hier um die allerbescheidensten Ansprüche bezüglich der Wohnung und Kleidung handelt:

Artikel	1913/14			1927			1928		
	Durchschnitt			20. April			15. August		
Wohnung von zwei Zimmer u. Küche	30,—	31,20	37,20	30,—	31,20	37,20	30,—	31,20	37,20
Herrenanzug	80,—	58,—	64,10	80,—	58,—	64,10	80,—	58,—	64,10
Anabenschulanzug	15,—	28,50	32,25	15,—	28,50	32,25	15,—	28,50	32,25
Frauenscheiviotrod	4,—	7,50	8,55	4,—	7,50	8,55	4,—	7,50	8,55
Mädchenkleid	6,50	9,75	10,30	6,50	9,75	10,30	6,50	9,75	10,30
Weiße Wäschebluse	4,50	6,95	6,90	4,50	6,95	6,90	4,50	6,95	6,90
Haumwollenes Männerflanelhemd	2,—	3,50	3,50	2,—	3,50	3,50	2,—	3,50	3,50
Frauenstrümpfe	1,—	1,50	1,90	1,—	1,50	1,90	1,—	1,50	1,90
Männerstiefel	10,50	12,90	16,20	10,50	12,90	16,20	10,50	12,90	16,20
Frauenstiefel	8,75	12,—	14,35	8,75	12,—	14,35	8,75	12,—	14,35
Kinderstiefel	8,25	7,65	9,60	8,25	7,65	9,60	8,25	7,65	9,60
Sohlen und Absätze	8,30	5,50	6,35	8,30	5,50	6,35	8,30	5,50	6,35

Nimmt man die oben mitgeteilten Löhne, so ist es nicht schwer zu berechnen, wieviel Arbeitsstunden aufgewendet werden müssen, um diese kleine Wohnung und diese bescheidenen Kleidungsstücke zu erwerben. Man erhält dann ungefähr einen Maßstab von der Realkaufkraft des Arbeiters. Nachstehende Tabelle vermittelt eine Übersicht über die zu leistenden Arbeitsstunden:

Artikel	Jahr	zu leistende Arbeitsstunden			
		Schlosser	Maurer u. Zimmerer	Herrenschneider	Ungel. Arbeiter
Wohnung	1913/14	40,0	33,3	46,1	53,5
	1927	32,5	25,1	32,5	33,4
	1928	30,4	23,6	32,3	31,6
Herrenanzug	1913/14	40,0	33,3	46,1	53,5
	1927	55,2	41,7	55,2	50,6
	1928	52,5	44,5	55,7	59,0
Anabenschulanzug	1913/14	20,0	16,6	23,0	26,7
	1927	27,1	20,9	27,1	44,5
	1928	26,4	22,3	28,0	41,7
Frauenscheiviotrod	1913/14	5,3	4,4	6,1	7,1
	1927	7,1	5,6	7,1	11,7
	1928	7,0	5,8	7,4	11,8
Mädchenkleid	1913/14	8,7	7,2	10,0	11,6
	1927	9,2	7,1	9,2	15,2
	1928	8,4	7,1	8,9	14,3
Weiße Wäschebluse	1913/14	6,0	5,0	6,9	8,0
	1927	6,6	5,1	6,6	10,3
	1928	5,6	4,7	6,6	9,5
Männerflanelhemd	1913/14	2,5	2,3	3,0	3,5
	1927	3,3	2,5	3,3	5,4
	1928	2,5	2,4	3,3	4,8
Frauenstrümpfe	1913/14	1,3	1,1	1,5	1,7
	1927	1,4	1,1	1,4	2,3
	1928	1,5	1,3	1,6	2,6
Männerstiefel	1913/14	14,0	11,6	16,1	18,7
	1927	12,2	9,4	12,2	20,1
	1928	13,2	11,1	14,0	22,5
Frauenstiefel	1913/14	11,6	9,7	13,4	15,6
	1927	11,4	8,8	11,4	18,7
	1928	11,7	9,8	12,4	19,9
Sohlen und Absätze	1913/14	4,4	3,6	5,0	5,8
	1927	5,2	4,0	5,2	8,4
	1928	5,2	4,3	5,5	8,8
Kinderstiefel	1913/14	8,3	6,9	8,6	11,1
	1927	7,2	5,6	7,2	11,9
	1928	7,3	6,6	8,3	13,3

Was ergibt sich nun aus dieser Zusammenstellung? In der Höhe der Wohnungsmiete findet die Wohnungswirtschaft ihren Ausdruck. Es ist heute ein verhältnismäßig geringerer Aufwand als vor dem Kriege notwendig, um die Wohnungsmiete der Altmwohnungen zu bezahlen. Anders sieht es bei den Kleidungsstücken aus. Trotz der erhöhten Löhne müssen mehr Arbeitsstunden als in der Vorkriegszeit geleistet werden, um gleichwertige Kleidungsstücke zu erhalten. Nehmen wir zum Beispiel den Herrenanzug, so hat der Schlosser dafür heute 12 Stunden länger zu arbeiten. Beim Anabenschulanzug besteht ungefähr das gleiche Verhältnis. Bei den obengenannten Wäscheblusen haben die Löhne mit den Preissteigerungen ungefähr Schritt gehalten. Eine verhältnismäßig günstige Preisentwicklung zeigt das Schuhwerk. Die gelernten Arbeitergruppen brauchen nicht ganz

so lange zu arbeiten, um ein Paar Schuhe zu erwerben. Umgekehrt ist es bei den ungelerten Arbeitern. Hier ist die Realkaufkraft bei allen Punkten schlecht.

Wenn man die Ausgaben für Kleidung und Wäsche zur Unterlage nimmt, so ist eine Senkung des Reallohns gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten. Lehrreich ist auch die Gegenüberstellung von 1927 und 1928. Die Entwicklung der Reallohne der einzelnen Arbeitergruppen ist nicht gleichmäßig. So scheint es, daß an der Kleidung gemessen die Reallohne der Gruppen Möbelschleifer, Maurer, Zimmerer und Herrenschneider gesunken sind. Für die Schlosser und ungelerten Arbeiter kann wohl eine geringe Erhöhung festgestellt werden. Die Preise für Schuhwerk scheinen allgemein etwas gestiegen zu sein. Nicht ganz so ungünstig wie bei den ungelerten Arbeitern liegen die Lohnverhältnisse bei den übrigen ungelerten Arbeitergruppen Hamburgs.

Die Verhältnisse in Hamburg mögen nicht überall als Maßstab anzulegen sein. Aber auch in anderen Städten wird es keine großen Abweichungen davon geben. Betrachtet man an Hand obiger Berechnungen die Lage der Arbeiterklasse, so erscheinen die großen Arbeitskämpfe in der Gegenwart in einem ganz anderen Lichte. Auch in Zukunft muß die ganze Kraft streifer Gewerkschaftsorganisationen aufgewendet werden, um eine Besserung zu erreichen. Sofern die Preise keine Senkung erfahren, bleibt kein anderer Weg, als der der Lohn-erhöhung.

Kapitalistische Mißwirtschaft

Die Industrie kann unter keinen Umständen höhere Löhne oder Gehälter ertragen. Im Gegenteil, die Ausgaben dafür sind so hoch. Vergleichen muß bei Lohnverhandlungen jeder Gewerkschaftsfunktionär bis zum Überdruß anhören. Und wenn er tausendmal vom Gegenteil überzeugt ist, er hat solchen Unternehmern in einem jeden Fall nur die gegenteilige Behauptung, fast nie aber jehlagendes Beweismaterial entgegenzusetzen. Vom Herzen des Betriebes, wo Einkauf des Materials, Untertakenberechnung, Verkauf, Speise usw. zusammenlaufen, erfährt weder der Gewerkschaftsfunktionär noch der Betriebsrat etwas. Und doch wäre dies so außerordentlich wichtig, ja geradezu eine Lebensfrage für die Lohnverhandlung. Die Schuld an diesem Mißstand trägt die noch viel zu große Entfremdung zwischen Angestellten und Arbeitern. Gerade die Angestellten wären in der Lage, wirklich sachdienliches Material zu liefern, aber hier ist noch sehr viel zu wünschen. Doch halten wir uns jetzt nicht bei dieser unangenehmen Sache auf.

Wie sehr die Wirtschaft darunter leidet, daß die Kaufkraft der Masse viel zu gering über der Verkaufspreis von Tausenden von Gegenständen des täglichen Bedarfs viel zu hoch ist, wissen wohl vernünftige Volkswirtschaftler. Die meisten deutschen Unternehmer aber scheinen nicht zu wissen, daß durch großen Unfug mit kleinem Nutzen ein Geschäft prächtig blühen kann.

Es ist schon in der Presse erörtert worden, wie zum Beispiel in der Staubjagerfabrikation gewirtschaftet wird. Ein Apparat, der alles in allem 40 bis 45 M zum Herstellen kostet, mit 120 bis 135 M verkauft wird. Bei tausend anderen Artikeln liegt es genau so, wenn nicht schlimmer. So war mir kürzlich Gelegenheit geboten, genaues Einbild in die Fabrikation eines außerordentlich stark gebrauchten Artikels zu bekommen. Die Firmen, die den Gegenstand fertigen, sind ausgesprochene Lieferfirmen. Die Dachgesellschaft hat ihren Sitz im Rheinland. Ein Generaldirektor und eine ganze Anzahl von Ober- und Unterdirektoren sind natürlich vorhanden und — notwendig.

Die Herstellung des Apparates, die Fertigung sämtlicher Einzelteile, das Zusammenlegen, Verpacken, kurz alles erfordert einen Zeitaufwand von 30 Stunden. Der Durchschnittslohn in einem Betrieb — der ziemlich viel weiblische und jugendliche Arbeiter hat — beträgt hoch gerechnet 75 M die Stunde. Es liegt also ein reiner Arbeitslohn von 30 x 0,75 = 22,50 M auf dem Gegenstand. Darauf kommen 100 M Unkosten, ergibt 45 M. Das gesamte Material zum Apparat kostet 15 M. Macht zusammen 60 M. Auf diese Nettoherstellungskosten werden 20 M geschlagen, macht 72 M. Der Staat wird nun annehmen, daß um diesen Preis der Apparat verkauft werde. Weit gefehlt. Das dicke Ende kommt erst. Auf die 72 M werden 15 M Gewinnzuschlag geschlagen, macht 87,80 M. Aber da dies doch noch nicht genug ist, werden auf die 87,80 M nochmals 25 M aufgeschlagen, so daß sich jetzt der Apparat schon auf 103,50 M stellt. Das ist nun der Preis einer Lieferfirma.

Aber die Lieferfirma verkauft nicht selbst, sondern sie liefert nur an die verkaufende Dachgesellschaft, die die Apparate nach Bedarf schriftlich abruft und sie dem bestellenden Kunden um 450 M verkauft und zuzüglich läßt. Von diesen 450 M erhält der Vertreter 20 M = 90 M, so daß für die Dachgesellschaft die Kleinigkeit von 256,50 M übrig bleibt. Das ist die deutsche Nationalisierung.

Der Arbeiter — Gewinn kann man nicht sagen, denn der ist bei der Herstellungskosten schon genügend eingerechnet — ist genau das 6,8 fache des zur Herstellung nötigen Materials und der Löhne.

Zeigt dieses ein Beispiel nicht wieder deutlich, wie schlecht es der deutschen Industrie geht und daß sie beim besten Willen keine höheren Löhne zahlen kann? Und daß sie keine Mittel sieht, um ihre Produkte so billig wie möglich verkaufen zu können? Laufende gleichgerichtete Beispiele liegen sich aufzuführen, wenn, ja wenn nur die Kollegen versuchen würden, sich die Unterlagen in ihren Betrieben zu verschaffen, die nun einmal nötig sind, wenn man die grundverlogenen Behauptungen der Unternehmer bei Lohnverhandlungen widerlegen will.

Betriebs- und Angestelltenräte könnten, müßten sich hier gegenseitig helfen. Nicht nur für die Arbeiter und Angestellten, auch für die Öffentlichkeit ist ein Blick hinter die Kulissen der Preisgestaltung von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Gesamtheit des Volkes hat die Kosten dieser kapitalistischen Wirtschaftsweise zu tragen.

Mängel der Arbeitsvermittlung

Nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung regeln der § 58 und folgende die Vermittlung von Arbeit. Wie alle Paragraphen erlaubt auch dieser § 58 verschiedene Auslegungen. Da er aber grundmäßig festlegt, unter welchen Gesichtspunkten die Vermittlung von Arbeit vor sich gehen soll, so ist notwendig, ihn näher zu betrachten.

Das Grundbegriffliche an diesem § 58 ist die Befehung freier Stellen durch geeignete Arbeitskräfte in Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der freien Stellen sowie der beruflichen, körperlichen Eignung und der persönlichen und familiären Verhältnisse des Bewerbers. Ferner soll auch die Dauer der Arbeitslosigkeit des Bewerbers mitberücksichtigt werden, „soweit die Lage des Arbeitsmarktes es gestattet“.

Das ist so ziemlich alles, was über die Arbeitsvermittlung in einem Paragraphen gesagt werden kann. Zweifelsfrei bleibt nur, zu wessen Gunsten dieser Paragraph in Tätigkeit tritt. Der Grundgedanke, daß freie Stellen durch möglichst geeignete Arbeitskräfte ersetzt werden, spielt in der Arbeitsvermittlung die größte Rolle — zugunsten der arbeitslosen Arbeiter. Die bisherige Praxis der Arbeitsvermittlung zeigt, daß Firmen nur „geeignete“ Arbeitskräfte anfordern; daß sie rücksichtslos jeden andern jugendlichen Arbeitslosen abweisen ohne Rücksicht auf die im § 58 festgelegten Grundätze auf Berücksichtigung der Dauer der Arbeitslosigkeit, der beruflichen und körperlichen Eignung wie auf die familiären Verhältnisse

des Bewerbers. So kommt es vor, daß eine Firma junge Dreher sucht, auf dem Arbeitsamt keine jungen, wohl aber solche im Alter von 30 bis 35 Jahren stehende Dreher als Arbeitsuchende geführt werden. Vom Arbeitsamt werden von diesen älteren Dreher der Firma zugewiesen. Diese aber sucht junge Arbeitskräfte, lehnt die älteren ab und sucht auf dem Wege einer Zeitungsanzeige „geeignete“ Arbeitskräfte.

Nun einen anderen Fall, der mir selbst passierte. Eine Firma sucht durch das Arbeitsamt einen Langhobler und einen Horizontalbohrer. Vom Arbeitsamt werden mehrere arbeitslose Hobler und Bohrer der Firma zugewiesen. Einer hat schon auf Langhobel- und Shappingmaschinen gearbeitet. Die Firma verlangt Zeugnisse. Keiner besitzt eins — alle werden abgewiesen. Noch am selben und am andern Tag sucht die Firma in der Zeitung „geeignete, tüchtige“ Langhobler und Horizontalbohrer.

Man kann nun zugestehen, daß bei Firmen mit Präzisionsarbeit nur Spezialisten eingestellt werden können. Man darf aber nie und nimmer zugestehen, daß die Firmen unter Berufung auf die Bestimmung des § 58 nur noch Spezialisten anfordern und einstellen. Was soll dann mit den älteren und mit den weniger geeigneten Arbeitskräften geschehen? Oder gar mit den ungelerten, die jahrelang als Maschinenarbeiter ein und denselben Arbeitsteil verrichteten? Sollen alle diese Arbeitslosen warten, bis sie in der Arbeitsvermittlung ausgefüllt sind oder bis gerade ein guter Geschäftsgang sie wieder in ihre früheren Arbeitsstellen bringt?

Die Ausführungen über Erfahrungen zeigen, daß in der Arbeitsvermittlung noch Bitten sind. Das Gesetz gibt keine Handhabe, sie auszufüllen. Kein Arbeitgeber kann gezwungen werden, das Anlernen eines im betreffenden Produktionszweig noch nicht tätig gewesenen Arbeitslosen auf sich zu nehmen. Und die Arbeitsämter können die Unternehmer nicht zwingen, gleichwertige ältere statt der verlangten jüngeren Arbeiter einzustellen, selbst dann nicht, wenn die älteren Arbeitskräfte schon wochenlang erwerbslos und Familienüber sind.

Die Arbeitsvermittlung muß aber — alt werden, daß bei freien Stellen in erster Linie die Dauer der Arbeitslosigkeit und die persönlichen und familiären Verhältnisse des Arbeitslosen berücksichtigt werden. W. Fries, Karlsruhe.

Ist der Wohnungsbau als produktiv zu betrachten?

Nach dem Reichsarbeitsministerium soll es in Deutschland 600 000 fehlende Wohnungen geben. In Wirklichkeit wird die Wohnungsnot in Deutschland nur durch den Bau einer Million Wohnungen gehoben. 250 000 Wohnungen müßten jährlich gebaut werden, wenn in absehbarer Zeit die schlimmste Wohnungsnot überwunden werden soll. 250 000 Wohnungen erfordern einen Kapitalaufschlag von rund 2,5 Milliarden Mark. Daß diese gewaltige Summe nicht im Inlande aufgebracht werden kann, dürfte erklärlich sein. Auslands-gelder sollen für den Wohnungsbau im allgemeinen nicht verwendet werden. Der Staat, seines Zeichens Reichsaufsichtsrat, wehrt sich dagegen, und der Leiter der Beratungskstelle, Geheimrat Morde, scheint ein solch bezogener Bürokrat zu sein, daß er keinen Einfluß darauf verwendet, ausländisches Geld für den Wohnungsbau nicht hereinkommen zu lassen. Man wendet ein, daß der Wohnungsbau keine produktive Anlage sei. Diese Ansicht wird von einsichtigen Volkswirtschaftlern glatt abgelehnt. Der Berliner Stabbaumeister Martin Wagner sagte darüber im Berliner Tageblatt:

„Was hindert uns, dieses Kapital für den Wohnungsbau im Ausland aufzunehmen? Das steht zunächst die Beratungsstelle in der Eheze: Der Wohnungsbau stellt keine „produktive“ Kapitalanlage dar. Will man mit dieser Eheze, die den Bau von Kanonen, die Produktion von Luxusgütern und die Börsenspekulationen für „produktiv“ hält, nicht endlich Schluss machen und einsehen, daß die Wohnung ein lebenswichtiges Bedürfnis des Menschen, ja mehr noch das Sanatorium ist, in dem die zum Teil in qualvoller Arbeit verbrauchten Arbeitskräfte der Großstädte täglich erneuert werden? Die höchste Quantität wie die höchste Qualität der Arbeit ist von einer menschenwürdigen Wohnung abhängig.“

Im Magazin der Wirtschaft macht Georg Bernhardt folgenden durchaus begrüßenswerten Vorschlag:

„Man sollte einmal die Mitglieder der Beratungsstelle zwingen, einige Monate lang in einer Fabrik zu arbeiten und sie für diese Zeit in Arbeiterwohnungen unterbringen. Die etwa eine Eisenbahnstunde vom Arbeitsort entfernt liegen. Ich habe den Eindruck, daß sie nach jetztig bis neunzigmaligem Ein- und Herausfahren zu einer anderen Ansicht kommen würden.“

Der niedergehenden Wirtschaftsbüte kann Einhalt geboten werden, wenn der Wohnungsbau stärker in Angriff genommen wird. Daß dies nur durch Auslandskredite möglich ist, dürfte klar sein. Darübereinstimmend darüber, ob der Wohnungsbau produktiv sei, soll man unproduktiven Bürokraten überlassen. Die praktische Wirtschaft über sie hinausgehen. Das Wohnungsproblem kann verwirklicht werden, wenn die gesetzgebenden Körperschaften dem Mahnruf folgen, der in der „Wohnungswirtschaft“ vom 1. August an sie ergeht. Dort wird klipp und klar erklärt: „Die gemeinnützigen Organisationen des Wohnungs- und Siedlungswesens, Genossenschaften, Vereine und Wohnungsfürsorgegesellschaften sind bereit und in der Lage, viel mehr Wohnungen preiswert zu erstellen und sie zu günstigen Bedingungen zu vermieten, wenn die öffentliche Hand durch eine großzügige Wohnungspolitik die Bahn frei macht. Die Wohnungslosen warten: Mögen die neuen Regierungen und Parlamente ihre Schuldigkeit tun!“ Die Wohnungslosen warten! Hoffentlich nicht allzu lange mehr!

Vom deutschen Hungerland

Im waldenburger Kohlenrevier ist es zu ersten Konflikten gekommen. Die Bergarbeiter haben dort geschlossen die Arbeit niedergelegt. Sie gehören zur schlecht entlohnten Arbeiterklasse. Deshalb verlangen sie eine Lohnerhöhung von 15 M. Wie es mit der Wohnungsnot dortselbst aussieht, geht aus einer Feststellung des Landratsamts Waldenburg hervor. Danach leben in Waldenburg 33 M der Bevölkerung in einem Wohnraum; 38 M haben ein Zimmer und eine Küche und 20 M verfügen über zwei Zimmer und Küche. Nur etwa 9 M der Bevölkerung haben eine größere Wohnung. Nach trauriger ist die Lage in den umliegenden Bergarbeiterdörfern. So leben in Dietrichsdorf, Niederhermsdorf, Neuhelm, Gottesberg, Witzstein von 100 Familien 34 bis 40 in einem Wohnraum. In der Gemeinde Oberwaldenburg sind es von 100 Familien 42, in Sellhammer 50 und in Konradsthal, Oberhermsdorf und Neulässig gar 58 Familien, die in einen einzigen Wohnraum gepfercht sind.

Besüglich der gesundheitlichen Verhältnisse hat der Vorkamts kürzlich geradezu aufreißendes Material veröffentlicht. Nach einem Bericht der Gemeinde Waldenburg sind 2,5 M der Schuljugend tuberkulös, 30 M zeigen Zeichen von Skrofuloie, 1,9 M haben Verkrümmungen der Wirbelsäule und 32 M zeigen Verkrümmungen der Schilddrüse. Nach einer anderen Statistik waren von den untersuchten Kindern 30,6 M krank, 8,8 M blieben ohne erstes Frühstück, 9 M ohne zweites Frühstück und 6,2 M keine warme Mittagessen gegeben werden. Auf das Befehrbrot müßten 35 M verzichten, ohne Abendbrot gingen 4,9 M ins Bett, 3,2 M der Kinder hatten kein Schuhwerk und 3,3 M verfügten über keine Strümpfe. Ferner konnte festgestellt werden, daß bei 20,7 M M Ganze nur einmal Bettwäsche vorhanden ist. Von den untersuchten Kindern waren 1,4 M der Winterkälte ohne schützenden Mantel ausgelegt. Für 21,4 M war überhaupt kein Hemd vorhanden. Das sind Flecksjünger, wie sie ein zweites Mal in Deutschland wahrscheinlich nicht festgestellt werden können.

Angichts dieser Verhältnisse braucht man sich nicht zu wundern, daß die Langart dieser Kumpels einmal reißt und sie nach besseren Verhältnissen verlangen.

